

März 2012

HAMBURG

# Debatte

Menschenwürdiges Wohnen

Stadtentwicklung: Leitbild der sozialen  
Spaltung | Stadtstruktur und Stadtgestalt

| Heuschrecken und Privatisierung | Langenhorn 73: Wenn

sich Widerstand regt | Dresden: Wie  
ein Hedgefond eine Siedlung zerstört

| Karl-Marx-Hof: Burg des  
Volkes | Altonas neue Mitte | KON-

TROVERS: Vertrag für Wohnungsneubau  
| Beteiligung und Demokratie | „Pira-

tenprozess“: Die Angst der  
Richter | Säbelrasseln am Golf |

Theodorakis: An die internationale Öffent-  
lichkeit | Griechenlands Krise – Solidarität

der Linken | Umbruch in Syrien: Würde  
und Freiheit | Neonazis und Ver-

fassungsschutz | FJD | Spiel  
nicht mit den Schmuddelkindern

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND HAMBURG

**Impressum:**

**Hamburg Debatte** ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

**Herausgeber:** Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg | Wendenstr. 6, 20097 Hamburg | [www.die-linke-hh.de](http://www.die-linke-hh.de)

**V.i.S.d.P.:** Tilman Rosenau | [redaktion@die-linke-hh.de](mailto:redaktion@die-linke-hh.de)

**Redaktion:** Kristian Glaser, Christian Kruse, Uli Ludwig, Uwe Post, Tilman Rosenau, Zdravko Susic

**Erweiterte Redaktion:** Timm Kunstreich, Hartmut Obens, Norman Paech, Annette Sawatzki, Herbert Schui

**Mit Beiträgen von:** Lars Buchmann, Franz Josef Degenhardt, Rim Farha, Anne Geschonnek, Rolf Gössner, Hans Hautmann, Gabriele Heinecke, Robert Jarowoy, Michael Joho, Giorgos Karatsioubanis, Siri Keil, Martin Kersting, Ivo Krings, Helli Laab, Hans-Jürgen Muskulus, Hartmut Obens, Mikis Theodorakis, Rainer Volkmann

**Abbildungen:** BA-Archiv: (6/7), Birgit Bachmeyer (12), Michael Borkowski (14/15), Petra Folkerts (24), Martin Kersting (8/9), Maximilian Kretschmar (13/15), Privat (11/16), Thomas Range (31), Zdravko Susic (4/6/7/17/18/20/22/26/28/29)

**Copyright:** Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

**Bestellung und Bezug:** gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung

**Druck:** Copy-Haus Hamburg | Auflage: 1 500 | Redaktionsschluss: 7. März 2012

## Inhalt

Impressum	Seite 2
Editorial	Seite 3
Stadtentwicklung: Leitbild der sozialen Spaltung <b>Dr. Rainer Volkmann</b>	Seiten 4 und 5
Fritz Schumacher: Stadtstruktur und Stadtgestalt <b>Ivo Krings</b>	Seiten 6 und 7
Steilshoop: Wie ein Hedgefond eine Siedlung zerstört <b>Dr. Martin Kersting</b>	Seiten 8 und 9
Wien: Burg des Volkes <b>Dr. Hans Hautmann</b>	Seite 10 und 11
Langenhorn 73: Wenn sich Widerstand regt <b>Lars Buchmann</b>	Seite 12
Dresden: Heuschrecken und Privatisierung <b>Hans-Jürgen Muskulus</b>	Seiten 13 und 15
Altonas neue Mitte <b>Robert Jarowoy</b>	Seiten 14 und 15
KONTROVERS: Die Menge macht´s nicht allein <b>Robert Jarowoy</b>	Seite 16
KONTROVERS: Breiter aufstellen <b>Michael Joho</b>	Seite 17
Beteiligung und Demokratie <b>Helli Laab und Hartmut Obens</b>	Seiten 18 und 19
„Piratenprozess“: Die Angst der Richter <b>Gabriele Heinecke</b>	Seite 20 und 21
Säbelrasseln am Golf <b>Anne Geschonnek</b>	Seiten 22 und 23
An die internationale Öffentlichkeit <b>Mikis Theodorakis</b>	Seiten 24 und 25
Griechenlands Krise – Solidarität der Linken <b>Giorgos Karatsioubanis</b>	Seite 25
Umbruch in Syrien: Frieden und Würde <b>Rim Farha</b>	Seite 26 und 27
Neonazis und Verfassungsschutz <b>Dr. Rolf Gössner</b>	Seiten 28 und 29
FJD <b>Siri Keil</b>	Seiten 30 und 31
Spiel nicht mit den Schmuttelkindern <b>Franz Josef Degenhardt</b>	Seiten 32

## Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossinnen und Genossen,*  
vor allem das Wohnungsbau-Versprechen des Hamburger Senats lässt nach Jahren der Untätigkeit des schwarz-grünen Vorgängersensats die Menschen in unserer Stadt hoffen, auch morgen noch in bezahlbaren Wohnungen zu leben und nicht aus ihren angestammten Quartieren und Stadtteilen vertrieben zu werden. Aber: Die Scholz-Versprechen sind Absichtserklärungen, deren Einlösung noch aussteht. Das hat nicht nur etwas zu tun mit den Grenzen und Widersprüchen der Scholz'schen Politik, sondern auch – und vor allem – mit den Bedingungen eines kapitalistischen Wohnungs- und Wohnungsbaumarktes, an denen die Scholz-Politik nicht das Geringste zu ändern beabsichtigt. Im Gegenteil: Der Senat lässt den Investoren die lange Leine und die suchen ihre Chancen. Also bildet das Thema „Menschenwürdiges Wohnen“ den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Der Protest gegen Mietwucher, die neoliberale „Umwandlung“ der Stadt, abgehängte Stadtteile als Beispiel für profitorientierte Stadt(teil)entwicklung und die Privatisierung von Immobilien kommen zur Sprache.

Besondere Aufmerksamkeit verdient sicher der Artikel von Prof. Hans Hautmann (Wien) zum „Karl-Marx-Hof“, gebaut als Musterprojekt zur Lösung der „Wohnungsfrage“ im „Roten Wien“ der zwanziger Jahre. Fritz Schumacher, legendärer sozialdemokratischer Baumeister im Hamburg der 20er Jahre, hatte seine Ideen zum „sozialen Wohnen“ in der Jarrestadt, auf der Veddel und in Langenhorn Wirklichkeit werden lassen. Ivo Krings, stellvertretender Vorsitzender der Fritz-Schumacher-Gesellschaft in Hamburg, schreibt dazu in dieser Ausgabe. „Das Recht auf Stadt“ äußert sich in vielfältigen Formen und Fragestellungen. Sie werden in dieser Ausgabe thematisiert, auch in kontroverser Form. Ein weiteres, brandaktuelles innenpolitisches Thema: Neonazis und Verfassungsschutz untersucht der Bremer Rechtsanwalt und Publizist Dr. Rolf Gössner.

Aber auch Internationales kommt nicht zu kurz. Giorgos Karatsioubanis (Synaspismos) schreibt über die Angriffe auf die griechische Arbeiterklasse und Theodorakis wendet sich an die internationale Öffentlichkeit in einem Offenen Brief gegen die Zerstörung des griechischen Volkes. Die Hintergründe des Konfliktes um das iranische Atomprogramm werden analysiert und Fakten zur Situation in Syrien zusammengestellt. Den „Piratenprozess“ in Hamburg beleuchtet die Rechtsanwältin Gabriele Heinecke.

Zum Schluss: In memoriam Franz-Josef Degenhardt wird dessen jüngste „Platte“ vorgestellt, ergänzt durch das unvergessliche „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“. Wir wünschen eine anregende Lektüre.

**Eure Redaktion**



Seit Mitte der neunziger Jahre zeichnet sich eine „Renaissance“ (Häußermann<sup>1</sup>) der Großstädte ab. Dies wird in Hamburg mit einem Wachstum von Arbeitsplätzen und einer Abnahme der Abwanderungen ins Umland bestätigt. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, das Wachstum von prekären Arbeitsverhältnissen, aber auch Zweifel an verlässlicher und stetiger Einkommenserzielung und längere Arbeitszeiten bei vielen qualifizierten Menschen führen dazu, dass innerstädtisches Wohnen bevorzugt wird. Dies macht auch Sinn:

## Stadtentwicklung: Leitbild der sozialen Spaltung

Die Stadt hat ein breites Angebot an Beschäftigungen, aber auch selbst zu nutzende Dienstleistungen (Bildung, Erziehung, Kultur,

Konsum) und bietet aufgrund hoher Einwohnerdichte kurze Wege für die Organisation partieller Gemeinwesen, Initiativen, sozialer Bewegungen. Betriebe und Beschäftigte in der postfordistischen Dienstleistungsökonomie finden Netzwerke vor, die komplexe Kommunikationsstrukturen für Informationsbeschaffung, Nachrichtenverbreitung und Risikominde- rung bieten.

Diese Entwicklung wird in Hamburg von verschiedenen „Leitbildern“ der Stadtentwicklung begleitet. In den 1980er Jahren waren es das „Unternehmen Hamburg“ und die „Standortpolitik“ (1983, v. Dohnanyi). Es folgten die „Wachsende Stadt“ (2002, v. Beust) und schließlich das „Wachsen mit Weitsicht“ (2010; grün-schwarze Koalition unter v. Beust)<sup>2</sup>. Allen ist gemein: Sie entlassen den Staat aus der Verantwortung nachfrage- stabilisierender Intervention und spiegeln somit auch ein konservatives Staatsverständnis wider. Stattdessen soll eine Politik der Konstruktion, Zulassung und Initiierung vielfältiger Möglichkeiten angeboten werden. Das Einkommen soll durch Zuzug erhöht und im Kreislauf der Großstadt wiederum verwendet werden. Dabei konzentrieren sich alle Konzeptionen bevorzugt auf „neue Intelligenz“ und „kreative Menschen“ (v. Dohnanyi 1983), „junge, gut verdienende Fa-

milien“ und „kompetente Zuwanderer“ (2002, v. Beust) und „Talente als neugierige und engagierte Menschen“ sowie „kreative Klasse“ (2010, v. Beust).

Was ist der Inhalt? Der Stadtstaat verabschiedet sich mit einer Sparpolitik aus einer aktiven Daseinsfürsorge für sozial Benachteiligte, aber auch von einer wachstumsstimulierenden Beschäftigungspolitik. Das wird vor allem mit dem Hinweis auf „knappe Kassen“, Anforderungen der Schuldenbremse oder hoher Staatsverschuldung „legitimiert“.

Daher wird eine ökonomische Wachstumsstrategie favorisiert, die auf private endogene („innere“) und exogene Wachstumskräfte setzt. Erstere sollen „zukunftssträchtige“ Technologien, eine verbesserte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft durch schnelleren Technologie- und Wissenstransfer und die sog. Kreativwirtschaft sein. Die letzteren werden in Trägern von Talenten und Kreativität gesehen, die für Hamburg anzuwerben sind. Dem dient die „Attraktivitätssteigerung“, also künftig mehr „Kulturvielfalt“, aber auch das Angebot „neuer Nutzungskonzeptionen des öffentlichen Raums“.

Das Hamburger Konzept hat hohe Erwartungen an die „kreative Klasse“. Hier werden bekanntlich Überlegungen des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Florida übernommen, die der kreativen Klasse eine ungeheure ökonomische Sogkraft unterstellen<sup>3</sup>. Erstaunlich ist allerdings, dass Florida nur populäre Beschreibungen von Phänomenen ohne analytische Erklärung der Wachstumseffekte der „kreativen Klasse“ bietet. Dabei wird die Bedeutung der Attraktivität für diese Klasse gerühmt, die sich aus Bankern (so die FAZ) über Architekten, Werber, Softwareproduzenten, Designern bis zu Künstlern usw. zusammensetzen soll.

Der nebulöse Begriff der Kreativität kann ersetzt werden durch Produktivität. Dann wird verständlich, dass die Förderung der kreativen Klasse im Hamburger Leitbild von der angenommenen Steigerung von Produktivität ausgeht. Höhere Produktivität bedeutet bekanntlich eine höhere Wertschöpfung, also i.d.R. höheres Einkommen. Aus höherem Einkommen sollen auch anteilig höhere Steuereinnahmen für Hamburg anfallen und staatlicher Abbau öffentlicher Leistungen schädigt kaum jene, die aus höherem Einkommen sich auch ausreichend mit privaten Gütern versorgen können.

Nur mit der Konzentration auf die Gewinnung dieser „Besserverdienenden“ kann auch der sozialpolitische Kahlschlag durchgesetzt werden; denn diese Adressaten des Leitbildes sind wenig betroffen von der folgenden Senatsabsicht: „Die Perspektive der Sozialpolitik soll sich ... von einer alimentierenden Transferpolitik zu einer aktivierenden Lebenslagenbetrachtung erweitern, die eigenverantwortliches Handeln fördert...“ (so im Leitbild Drucksache 19/5474 S. 3)

Stadtsoziologen verbinden mit diesen unworbenen Gruppen, die im Übrigen in allen Konzepten dieselben sind, einen „arbeitsintensiven Lebensstil“ (Häußermann), der auf ein dichtes Netzwerk von Dienstleistungen i.w.S. angewiesen ist. Der „Lebendigkeit“ der Flanierszene, der weit definierten und vielfach konturlosen „Kulturvielfalt“ und der unvermeidlichen „Eventkultur“ sind dann als Gegenbuchung die Heerschar dienstbarer Geister entgegen zu halten, die da im Hintergrund mit den prekären Entlohnungs- und Beschäftigungsverhältnissen zum Funktionieren der geködderten kreativen Klasse zu sorgen haben.

Das Leitbild der „wachsenden Stadt“ führt in Wirklichkeit zur gespaltenen Stadt.<sup>4</sup>

**Dr. Rainer Volkmann**, Jahrgang 1947 lehrte von 1972 bis 2012 am heutigen Fachbereich Sozialökonomie, damals noch Hochschule (und später Hamburger Universität) für Wirtschaft und Politik, HWP, und hat sich schon seit geraumer Zeit kritisch mit der Hamburger Politik der Stadtentwicklung auseinandergesetzt.

1) H. Häußermann, W. Siebel; Stadtpolitik. Frankfurt/Main 2008, S. 369 ff

2) Zur Analyse der Standortpolitik Hamburg (1983) vergl. R. Volkmann; Ein Standort wird durch Cats erst schön. Hamburg 1993.; sowie zum „Leitbild: Metropole Hamburg-wachsende Stadt“ vergl. R. Volkmann; Konzeption und Kritik des Leitbildes Metropole Hamburg-wachsende Stadt“ in: Meuche-Mäker, Obens, Volkmann (Hrsg); Hamburg-wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen? Hamburg 2005

3) R. Florida; The Rise of the Creative Class, New York 2002

4) Zur „gespaltenen Stadt“ siehe auch R. Volkmann; Erfolgsmodell“ Metropole Hamburg-wachsende Stadt“ Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen. Hamburg 2006

# Stadtstruktur und Stadtgestalt

## Fritz Schumachers Ortsbestimmungen für die moderne Großstadt

Städtebau war und ist eng verknüpft mit gesellschaftlichem und politischem Wandel. Der städtebauliche „Plan“ versteht sich als Krisenmanagement und nicht selten als eine Epochenkritik. Auch zum Ende des 19. Jahrhunderts begann sich in Europa ein stadtstruktureller Epochenwandel abzuzeichnen, der in der deutschen Stadtbaugeschichte als Wohnungsbau- und Städtebaureform bezeichnet wird. Als Fritz Schumacher 1909 nach Hamburg kam, hatte er innerhalb dieser Reformströmungen in Europa schon eine führende Rolle. Als Vertreter der Moderne genoss er nicht nur in Deutschland, sondern gerade im Ausland höchstes Ansehen. Bis zum Zweiten Weltkrieg war er mit seinen Entwürfen ausgestellt worden, auf der Weltausstellung in St. Louis 1904 und auf der wichtigen Berliner Städtebauausstellung 1910. Er war Ehrenmitglied im „American Institute of Architects“ und im „Royal Institute of British Architects“. Als Mitgründer des Deutschen Werkbundes 1907 in Dresden und als einflussreicher Fachschriftsteller war er maßgeblich an den Reformvorschlägen für den deutschen Städtebau beteiligt. Seine Überlegungen zur Stadt waren untermauert durch ein breites kulturtheoretisches Denken und er betonte die Reihenfolge ihres Zusammenhangs als zugleich technisches, soziales und ästhetisches Phänomen. Ästhetik stand in dieser Reihenfolge hinten an und hatte in der sich modernisierenden Gesellschaft vor allem dem kulturellen Ziel sinnstiftend für das Leben dieser Großstadtgesellschaft zu dienen.

Diese Auseinandersetzung mit dem modernen Stadtwachstum und der Überwindung und Organisation der städtischen Zusammenballung war Schumacher auch durch seine Jugendjahre in New York vertraut. Die Forderung der Reformbewegung nach neuen urbanen und institutionellen Ausdrucks- und Repräsentationsformen als Instrument von Planung auf dem Weg zu einer sozialverträglichen modernen Großstadt kann somit auch als Reaktion auf den krisenhaften Umgang mit den frühen Globalisierungsphänomenen des Städtischen gelesen werden. Hinter dieser planungsstrategischen Forderung verbirgt sich somit ein völlig neues Selbstverständnis von Politik und Verwaltung zur Steuerung städtischer Entwicklung.

Dieser Paradigmenwechsel zeigt sich auch in der Entwicklung der Hamburger Planungskultur. Die

Stadt war nach dem Großen Brand von 1842 zur modernsten europäischen Großstadt der Zeit ausgebaut worden. Diese Position hatte man aber gegen Ende des Jahrhunderts schon wieder aufgegeben, was sich spätestens in der Choleraepidemie von 1892 zeigte. Währenddessen waren mit dem Stadtwachstum im 19. Jahrhundert andere und dringlichere Herausforderungen zur Steuerung städtischer Ballung entstanden. Allen voran auch die ungelösten sozialen Missstände und die Dringlichkeit der Wohnungsfrage. Abhilfe war hier zunächst wohlthätigen Stiftungen und Privatpersonen überlassen. So ist die Epoche beim Wiederaufbau nach dem Großen Brand nicht nur geprägt durch technische Verbesserungen und baukünstlerische Stadtverschönerung, sondern auch schon von der Wohnungsfrage: Er baut auf Anregung des Bürgermeisters Karl Sieveking verfasste Johann Hinrich Wichern 1844 im philanthropischen Duktus damaliger urbanistisch utopischer Diskurse der Frühsozialisten einen Bericht, in dem er den Bau von grünen „Bürgerhöfen“ für Kleinhandwerker vorschlug.

Doch das neue Querschnittsdenken moderner Planung entfaltete sich nicht aufgrund urbanistisch utopischer Diskurse. War der Wiederaufbau Hamburgs 1842 in seiner künstlerischen Tendenz stärker aufgabenbezogen und durch Fragen des Feuerschutzes, dann nach 1892 durch Fragen der Stadthygiene geprägt, so sind es diese sozialen Missstände und die aktuelle Revolutionsgefahr in den Jahren vor und noch mehr nach dem Ersten Weltkrieg, die das neue Planungsparadigma der Reformkultur befördert haben. Die vor dem Krieg intensiv diskutierten Reformbewegungen zu räumlicher Gesamtplanung, Boden- und Nutzungsordnung und zum Kleinwohnungsbau kommen nun unter den veränderten ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der Nachkriegsjahre zur Anwendung und werden zu Leitbildern und Instrumenten von Politik und planender Verwaltung. Die dazu erforderlichen neuen Planungsstrategien und architektonischen Lösungen können sich in diesem neuen politischen Raum entfalten. Dieser Paradigmenwechsel prägt bis heute das Stadtbild vieler Großstädte, besonders durch die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gebauten neuen Wohnquartiere. Schumacher nennt dieses Bild im Falle Hamburgs 1932 rückblickend die „Wohnstadt Hamburg“



**Suche nach neuen Ausdrucks- und Repräsentationsformen: Das „Soziale Monument“** Schumacher brachte also ein klares, differenziertes und umfassendes Konzept über die veränderte Rolle der modernen Großstadt mit nach Hamburg und verband seinen reflektierten und daher moderaten Modernen-Begriff fruchtbar mit den unterschiedlichen in Hamburg sich bereits entfaltenden Reformtendenzen. Dazu zählten besonders die reformfreundige Kunstgewerbeschule, die Heimatschutzbewegung und das überregional ausstrahlende Museum für Kunst und Gewerbe. Die Reform der Kunsterziehung in den Schulen war bereits von Alfred Lichtwark aufgenommen worden. Schumacher brachte auch eine Serie ausgearbeiteter Projekte mit. Das größte und wichtigste ist der Entwurf für den neuen Stadtpark. Sein Stadtpark – mit Stadthalle, Stadtcafe, Kaskade, Wasserturm und anderen Einrichtungen – kann als Modell für die Raumstruktur der modernen Großstadt verstanden werden: Die neue Ausdrucksform des Parks in der modernen Großstadt ist nicht mehr vorrangig Schmuckanlage, sondern „Volkspark“, soll heißen Nutzbarkeit für alle Bewohner der Stadt.



Besonders deutlich zeigt sich sein Bekenntnis zur Großstadt und seine Suche nach ihren modernen Ausdrucksformen in der Verwendung eines neuartigen „sozialen Monuments“. Mit seinem Amtsantritt fand er das Projekt einer neuen Großstadtstrasse vor, der Entstehung der Mönckebergstrasse. Neben seinen städtebaulichen Aufgaben zeigt er mit seinem eigenen architektonischen Beitrag zum Mönckeberg-Denkmal sein Verständnis der erweiterten Sinngebung städtischer Ortsbestimmung: Er baut kein Denkmal im herkömmlichen Sinne, sondern durch die öffentliche Funktion als Bücherhalle schafft er an zentraler Stelle und im Zentrum der neuen kommerziellen Einkaufswelt ein neuartiges soziales Monument, das das wichtige Gleichgewicht aus Stadtstruktur und Stadtgestalt aufrecht erhält.

**„Denkraum der Besonnenheit“** Als ein besonnener Pragmatiker moderner Großstadt war Schumacher mit den „Stressfaktoren“ früher Globalisierungsphänomene vertraut und daher auch Skeptiker utopischer Systementwürfe oder Lebensreformkonzepte, die bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa noch Verwendung fanden. Diese Polarisierung urbanistischer Diskurse charakterisiert die politische Diskussion in Deutschland der 1920er und frühen 1930er Jahren. Diese Polarisierung verband eher restriktive und an abstrakten Ideallösungen orientierte Konzepte, die ihrem Charakter nach eben nicht der aufgeklärten und säkularisierten Tradition modernen Ge-



sellschaftsdenkens verpflichtet schienen, einer Tradition, der Schumacher in aller Tiefe verbunden ist.

Schumacher ist mit der Widersprüchlichkeit europäischer Denktradition und ihrer polarisierenden Gesellschaftspolitik vertraut. Sein Denken beschreibt er 1919 in seiner kulturtheoretischen Arbeit „Kulturpolitik“ und er erkennt hinter den wachsenden Stressfaktoren seiner Zeit ein Ungleichgewicht in den Entwicklungen geistiger und sinnlicher Fähigkeiten, „Ungelöstheiten unseres sozialen Lebens, die ihren plastischen Niederschlag in der jetzigen Gestalt der heutigen Großstadt finden“. Der Zwiespalt moderner Gesellschaft äußere sich nicht in Bereichen von Ethik oder Politik, sondern im Bereich der Kultur. Als zentrale Handlungsfelder zur Implementierung moderner Kultur nennt er für seine Epoche zwei Bedingungen – nicht Mittel: Eine neue Schulerziehung und die Wohnungspolitik.

Schumacher hinterlässt in Hamburg fast 30 Schulbauten, die er ebenfalls als soziale Monumente verstanden haben möchte. Wie schon die öffentliche Bücherhalle in der Mönckebergstrasse nehmen auch seine Schulen besondere Zentralität im Stadtraum ein und prägen das stadtstrukturelle Gleichgewicht durch Funktion und Gestalt zugleich. Schumacher möchte seine Schulen als „Volkshäuser“ und Kultureinrichtungen für die neuen Reformsiedlungen verstanden wissen.



Seine Forderung nach neuen urbanen und institutionellen Ausdrucks- und Repräsentationsformen auf dem Weg zu einer Kulturpolitik und als Instrument räumlicher Planung orientiert sich nicht an naiven ideenpolitischen Diskursen und ihren radikalierenden Mobilisierungspotentialen, sondern wird bereits sehr weitsichtig in konkrete räumliche Situationen und Ortsbestimmungen übertragen, in unterschiedliche Raum- und Quartierstypologien. Wichtiger als das *Wer* ist das *Wo*, und so stehen für Schumacher sich Ein- und Mehrfamilienhaus nicht als Idealtypen unterschiedlicher Einkommensgruppen gegenüber. Schumachers Städtebau zeigt sich „nicht nur in einer Klärung der sozialen Elemente, die im baulichen Bilde der Stadt ihren Ausdruck finden“, sondern er zielt viel mehr darauf ab, lokale Ortsbeständigkeiten „anzuregen“, Ortslagen, an denen sich der Zeitgeist moderner Gesellschaft im modernen reflexiven Individuum entfalten kann. Bedingung – nicht Mittel – damit sich die Menschen über ihre gemeinsamen Anliegen, über das Politische und Kulturelle, verständigen.

**Ivo Krings** ist Architekt und stellv. Vorsitzender der Hamburger Fritz-Schumacher-Gesellschaft.



Das Beispiel Steilshoop:

## Wie ein Hedgefond eine Siedlung zerstört

### In Stadtteilen, in denen die GAGFAH größere Bestände hat, kumulieren die Probleme

Es ist nicht überliefert, ob und mit welcher Sekt- oder Champagnermarke im Spätsommer des Jahres 2004 im Finanzministerium angestoßen wurde, um einen erfolgreichen Deal abzuschließen. Hans Eichel, weiland Chef des Ministeriums, hatte gerade 3,5 Milliarden Euro eingenommen. Ihm war es gelungen, die traditionsreiche Vermietungsgesellschaft GAGFAH, welche bis dato im Besitz der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte war, an den amerikanischen Hedge-Fond Fortress zu verschauern. Trickreich konnte er vor allem verhindern, dass sich in den rund 80.000 Wohnungen schon zu dem Zeitpunkt das Entsetzen breit machte, indem er das Unternehmen eine Sozialcharta unterschreiben ließ. Zwar wiesen damals schon Mietervereine darauf hin, dass in diesem Text eigentlich nur die gesetzlichen Bestimmungen des Mieterschutzes nachgebetet würden, aber die Pille wirkte trotzdem.

In den ersten zwei Jahren ihres Wirkens verhielt sich die Gesellschaft auch noch in etwa so, wie man es von einem zivilisierten Wohnungsunternehmen erwartet: Es wurde die ein oder andere Reparatur getätigt, die Mieterhöhungen hielten sich im Rahmen. Der Grund dafür ist im Nachhinein offensichtlich: Das Unternehmen brauchte noch eine gewisse Reputation, um auf dem deutschen Wohnungsmarkt weiter expandieren zu können: Die neue GAGFAH wurde in den beiden folgenden Jahre zu einer Art Riesenkacke, die sich darauf spezialisiert hat, eine Wohnungsbaugesellschaft nach der anderen aus öffentlichem Besitz zu schlucken. Bekannteste Beispiele: Die NILEG und die WOBA in Dresden. Zeitweilig befanden sich über 160.000 Wohnungen in dem Besitz der Gesellschaft – und diese Menge wäre nie erreicht worden, hätte das Unternehmen schon 2006 seinen heutigen Ruf gehabt.

Der Börsengang im Oktober 2006 brachte die Wende: Der Eigentümer Fortress, welcher schon den

Kauf der Ur-GAGFAH mit 1,5 Milliarden Euro finanzieren musste, brauchte viel Geld – und somit einen Eröffnungskurs von mindestens 17 Euro. Um einen derartigen Kurs aber überhaupt zu erreichen, waren Dividendenversprechungen notwendig, die ein seriöses Unternehmen niemals abgeben darf. Man erreichte 19 Euro, indem man die ersten Jahre höhere Dividenden auszahlte als man überhaupt verdiente.

Das war aber keineswegs der erste Schritt zur Ausplünderung der Gesellschaft. Schon kurz nach der Übernahme durch Fortress wurde hedgefondüblich die für den Kauf aufgenommene Schuldenlast auf das gekaufte Unternehmen abgewälzt.

Ergebnis der Raubzüge: Die GAGFAH hat mindestens fünf Milliarden Euro Schulden. Was die Sache für Mieter und Kommunen noch aparter macht: Der größte Teil des Geldes wird 2013 fällig. Das Unternehmen hat seit seinem Börsengang fast vier Fünftel seines Wertes verloren. Der Wert der Wohnungen hat durch die seit 2006 obwaltende Vernachlässigung rapide abgenommen. Keine Kommune mit nennenswerten GAGFAH-Beständen ist auf eine Pleite vorbereitet.

Auch Hamburg nicht. Die GAGFAH weist bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass fast alle der knapp 10.000 Wohnungen, die sich hier in ihrem Besitz befinden, vermietet sind, dass das Wohnen in GAGFAH-Häusern also gar nicht so schlecht sein kann. Ersteres stimmt, die Schlussfolgerung ist natürlich Quatsch. Dass in einer wachsenden Stadt, in der seit über zehn Jahren kein nennenswerter Wohnungsbau stattgefunden hat, auch Schrottimmobilien ihre Bewohner finden, ist die Folge einer falschen Weichenstellung.

Für etliche Tausend Hamburger ist die Überschuldung der Gesellschaft kein theoretisches Problem.



Sie müssen in den sich abzeichnenden Ruinen leben und Tag für Tag sich mit überforderten GAGFAH-Mitarbeitern und –Hausmeistern um Selbstverständlichkeiten auseinandersetzen. Ein undichtes Fenster, ein tropfender Wasserhahn, der überall anders in wenigen Stunden in Ordnung gebracht wird, bleiben kaputt, weil dem Hausmeister die paar Cent für die Dichtung fehlen.

Die Probleme kumulieren sich in Stadtteilen, in denen die GAGFAH größere Bestände hat. In Hamburg wären das Wilhelmsburg und Steilshoop. Seit dem vierzigjährigem Jubiläum von Steilshoop im Jahr 2009 mache ich regelmäßig Führungen durch die Siedlung, um einen Eindruck vom Städtebau der Nachkriegszeit zu vermitteln. Ein anfängliches Element der Auflockerung der Präsentation habe ich aufgegeben: War es ursprünglich Usus GAGFAH-Blöcke durch die Teilnehmer erraten zu lassen, so habe ich heute die Lust an diesem Spiel verloren. Wenn eine Trefferquote von 100 Prozent erzielt wird, so handelt es sich nicht mehr um ein Ratespiel, sondern um Rhetorik. Jeder, der einmal Steilshoop besucht, wird feststellen können, warum es so einfach ist, Objekte der GAGFAH etwa von denen der SAGA oder von den Genossenschaften zu unterscheiden: Bröckelnde Fassaden, einsturzgefährdete Balkone, verrostete Türen, Fenster aus der Gründungszeit des Stadtteils, ungepflegte und schmutzige Grünanlagen, prähistorische Graffiti ... stehen sauberen und technisch auf der Höhe der Zeit stehenden Blocks gegenüber. Schlimmer sieht es oft in den Wohnungen aus. Z.B. ist Schimmel ein ständiges Thema, das von der GAGFAH mit einem Standardschreiben über falsches Lüften und Heizen aufgegriffen wird.

Dass sich das Unternehmen mit Riesenschritten an den oberen Rand des Mietspiegels begibt, bedarf eigentlich keiner Erwähnung mehr. Alle zwei Jahre kommt eine „Mietanpassung“, so dass für ausge-

sprochen miserable Wohnungen in Steilshoop Mieten von fast sieben Euro pro Quadratmeter keine Seltenheit sind.

Bedrückend wird im Stadtteil empfunden, wie weit eine derartig brutale Geschäftspolitik in die Sozialstruktur eines ohnehin etwas labilen Quartiers eingreift. Zwar hat – wie oben erwähnt – die GAGFAH recht, wenn sie darauf hinweist, dass sie fast den Zustand der Vollvermietung erreicht hat. Unberücksichtigt jedoch in dieser Aussage ist das Faktum, dass die Fluktuation ein Ausmaß erreicht hat, das schon sehr nahe an die der siebziger und achtziger Jahre herankommt, bevor die diversen sozialen und baulichen Sanierungsprozesse eingesetzt haben. Langjährige Bewohner kehren der GAGFAH den Rücken, mühsam aufgebaute nachbarschaftliche Strukturen brechen dadurch zusammen, sozial nicht besonders gefestigte Menschen ziehen nach. Steilshoop droht damit der Teufelskreis, aus dem es vor rund 25 Jahren mühsam ausgebrochen ist. Die soziale Durchmischung geht verloren, weitere für den Stadtteil engagierte Bürger verlassen das Quartier. Von den anderen Vermietungsgesellschaften ist das durchaus erkannt worden und vor allem die SAGA/GWG verlangt von der Politik ein massives Entgegensteuern. Ob aber das Housing Improvement District (HID), wie es zurzeit in Steilshoop erprobt wird, der richtige Weg ist, sei einmal dahin gestellt.

Es gibt eine Opfergruppe der GAGFAH, die in den zahlreichen Presseartikeln zu wenig gewürdigt wird: die Angestellten dieser Firma. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass in den Büros regelrechte Verzweiflung über die Mutation ihres Unternehmens von einer gemeinnützigen und sozial engagierten Firma zu einem Haifisch auf dem Wohnungsmarkt herrscht. Die Reaktionen reichen von völliger Lethargie bis zum Wechsel der Front. Viele Berater der Mietervereine kommen aus den Reihen der GAGFAH, nachdem sie sich mit Grausen von ihrem vormaligen Arbeitgeber verabschiedet haben.

**Dr. Martin Kersting** ist Sprecher des Stadtteilbeirates Steilshoop

Anzeige

Europa vor Ort - Veranstaltung

## Energiewende im Konflikt mit der EU?

Veranstaltung mit **Sabine Wils**

MdEP DIE LINKE. im Europaparlament und

**Dora Heyenn** MdHB Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE. in der Hamburger Bürgerschaft

**Freitag, 30. März 2012 · 19<sup>00</sup> Uhr**

TUHH Eißendorfer Str. 40, 21073 Hamburg-Harburg Raum N0009

# Burg des Volkes



**Der Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling ist die berühmteste und imposanteste Wohnhausanlage aus der Zeit des „Roten Wien“. Erbaut in den Jahren 1926-1930 nach den Plänen des Architekten Karl Ehn, eines Schülers von Otto Wagner, erstreckt er sich über eine Länge von 1,2 km und umfasst 1382 Wohnungen.**

Mit über 5000 Bewohnern, einer eigenen Stadt in der Stadt, war der Karl-Marx-Hof damals die größte Wohnhausanlage Europas auf einer Gesamtfläche von 156.000 Quadratmeter. Davon wurden lediglich 28.700 Quadratmeter (18,4 Prozent) verbaut, der Rest entfiel auf die vier riesigen, gärtnerisch ausgestalteten Innenhöfe mit Wiesen, Wegen, Baumbepflanzung, Sitzgelegenheiten, Spielplätzen und Gemeinschaftseinrichtungen, wie zwei Zentralwäschereien, zwei Bäder mit Wannen und Brausen, zwei Kindergärten, einer Bücherei, einer Mütterberatungsstelle, einem Jugendheim, einer Apotheke und sogar einer Zahnklinik.

Der Baugrund, die schmale und lang gestreckte „Hagenwiese“ zwischen der Heiligenstädter Straße und dem Damm der Franz-Joseph-Bahn, warf das Problem der Baumassengliederung auf. Ehn löste es mit einem ehrenhofartig zurückgesetzten, von sechs monumentalen Türmen und Fahnenmasten bekrönten Mitteltrakt, der die Hofanlagen verbindet. Dieser Bauteil, fünfstöckig und rot-gelb verputzt, ist geprägt von den vier wuchtigen Durchgangsbögen zwischen der Bahnstation Heiligenstadt und der gegenüber liegenden „Hohen Warte“, auf der sich das seinerzeit größte Fußballstadion Wiens befand. Jeden Sonntag strömten durch sie an die 40.000 bis 50.000 Matchbesucher. Der Mitteltrakt, tektonisch getrennt zwischen eigentlichem Baukörper und „aufgeklebten“ Balkon-, Loggien- und Erkergruppen fällt seitlich zunächst in vier-, dann in dreistöckige Flankenteile ab. Der Kunst am Bau wurde durch vier expressive Plastiken aus Keramik über den Durchgangsbögen Rechnung getragen. Sie symbolisieren „Freiheit“, „Aufklärung“, „Fürsorge“ und „Körperkultur“ und stammen von Josef Riedl (1930). Im Zen-

trum des Ehrenplatzes vor dem Mitteltrakt, auf dem in großen Lettern die Aufschrift „Karl-Marx-Hof“ prangt, steht die Bronzeplastik „Sämann“ des Bildhauers Otto Hofner (1929).

Die Wohnungen im Karl-Marx-Hof – wie auch in allen anderen Gemeindebauten aus der Ära der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung – gliederten sich in vier Typen: a) Ledigenwohnräume mit 21 Quadratmeter Nutzfläche (Zimmer, Kochnische, Vorraum, WC); b) Wohnungen mit 40 Quadratmeter (Wohnzimmer, Küche, Kabinett, Vorraum, WC); c) Wohnungen mit 49 Quadratmeter (Wohnzimmer, Küche, zwei Kabinette, Vorraum, WC); d) Wohnungen mit 57 Quadratmeter (zwei Zimmer, Küche, Kabinett, Vorraum, WC). Höhere Standards an Komfort wie Lifte, Zentralheizung und eigene Badezimmer fehlten. Die sozialdemokratische Stadtregierung verfolgte aber den Grundsatz, die Wohnungsnot in Wien in möglichst kurzer Zeit durch den Bau möglichst vieler Einzelwohnungen zu möglichst erschwinglichen Preisen zu bannen und dabei die elementaren kulturellen, sozialen und hygienischen Anforderungen in optimal realisierbarer Weise zu erfüllen.

Der monatliche Zins in den von 1919 bis 1934 erbauten 61.175 Wohnungen der 348 Wohnhausanlagen belief sich im Durchschnitt auf 20 Groschen pro Quadratmeter; das war nur etwa ein Achtel des Vorkriegszinses für gleichgroße, aber qualitativ schlechtere Wohnungen und sogar nur ein Zwölftel dessen, was man normalerweise als Mietzins berechnen hätte müssen, um eine Rentabilität des Anlagekapitals zu erreichen. Im Höchsthfall entfielen lediglich fünf Prozent des Lohnes auf die Wohnungskosten. Gegenüber der Zeit vor 1914,

als der Zins der berüchtigten „Bassenawohnung“ (mit Wasserleitung und Abort auf dem Gang) noch 20 bis 25 Prozent des Arbeiterlohnes verschlungen hatte, war das eine große, von den Mietern als spürbare Errungenschaft empfundene Entlastung.

Wirkungsvoll ergänzt durch zentrale Einrichtungen wie Wäschereien, Badeanlagen, Kindergärten usw. erfreuten sich die Gemeindewohnungen bei der Arbeiterschaft daher größter Beliebtheit. Der sozialen Herkunft und politischen Überzeugung nach weitgehend homogen, bildeten die Bewohner der Wiener Gemeindebauten, und ganz besonders des Karl-Marx-Hofes, eine verschworene Gemeinschaft.

Sichtbar wurde dies im Bürgerkrieg 1934, als um den Karl-Marx-Hof vier Tage lang, vom 12. bis 15. Februar, heftige Kämpfe tobten. An die 250 Angehörige des sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbundes“ leisteten der Polizei und den Bundesheertruppen erbitterten bewaffneten Widerstand. Auf der „Hohen Warte“ in Stellung gebrachte Haubitzen eröffneten am Morgen des 13. Februar 1934 das Feuer auf den Karl-Marx-Hof, das im Bereich des „Blauen Bogens“ schwere Zerstörungen anrichtete. Nach dem Sieg der Austrofaschisten wurde er sofort in „Heiligenstädter Hof“ umbenannt.

Die Befreiung Österreichs 1945 gab dem Bau seine ursprüngliche Bezeichnung zurück. Die Bombenschäden des Zweiten Weltkriegs wurden in den 1950er Jahren behoben, der Karl-Marx-Hof 1977 unter Denkmalschutz gestellt und in den 1980er Jahren generalsaniert. Im Zuge dessen kam es zu Wohnungszusammenlegungen und –vergrößerungen, wodurch die Zahl der Bewohner auf etwa 3000 zurückging. Im Waschsalon Nr. 2 befindet sich heute eine sehenswerte Dauerausstellung zu den Themen „Geschichte des Roten Wien“, „Kommunaler Wohnbau und Folgeeinrichtungen“, „Vereine im Umfeld der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und „Die Fest- und Feierkultur der Wiener Arbeiterbewegung“, deren Besuch in jedem Fall lohnt. Wenngleich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gemeindebaubewohner unter den veränderten politischen und gesellschaftlichen Umständen nachgelassen hat, ist es immer noch hoch, und das Bestreben, im Karl-Marx-Hof eine frei gewordene Wohnung beziehen zu dürfen, ungemindert intensiv.

Hier wirkt eine große Vergangenheit nach. Die österreichische Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit war eine reformistische Partei, aber eine, die es nicht bei der „gerechter gemachten“ Neuaufgabe der kapitalistischen Klassengesellschaft belassen wollte, sondern den Sozialismus anstrebte. Der Karl-Marx-Hof ist als „Volkswohnungspalast“ ästhetischer Ausdruck dieser Haltung und eine ideologisch „richtige“, adäquate Widerspiegelung der sozialistischen Zukunftsvision wie kaum ein anderes Bauwerk seiner Epoche. Nicht umsonst haben die Austromarxisten ihren schönsten und beeindruckendsten Wohnblock, die Krönung all ih-



Der mächtige Komplex des Karl-Marx-Hofes erstreckt sich über 1200 Meter entlang der Heiligenstädter Straße. Der Baugrund reicht bis zum Bahndamm (Eisenbahnstraße). Im Karl-Marx-Hof wurden 1382 Wohnungen geschaffen.

rer Bemühungen, nach Karl Marx benannt. Einer ihrer führenden Köpfe, der Präsident des Wiener Stadtschulrates Otto Glöckel, sagte dazu am 11. Oktober 1930, dem Vorabend der offiziellen Eröffnung, vor Zehntausenden Menschen, Jugendgruppen, Arbeitersportlern, Schutzbündlern, Musikkapellen, Fahnen- und Fackelträgern:

„Ein neues Stück Wien ist fertig gestellt, dank der Opferwilligkeit, Leistungsfähigkeit und der zielbewussten Tatkraft der sozialdemokratischen Gemeindevertretung. Früher wurden Schlösser und Burgen gebaut für die Unterdrücker des Volkes, es waren Adels- und Ritterburgen; heute entstehen Burgen des Volkes, auch das ist ein Zeichen der Demokratie, ein Zeichen des Erwachens. Für uns ist dieser Bau ein Symbol, an seiner Stirn trägt er den Namen des unsterblichen Geistes Karl Marx'. Wir lachen darüber, dass kurzsichtige, verbohrte, engstirnige, ungebildete Menschen vom ‚Antimarxismus‘ reden und damit glauben, eine Wahlparole gefunden zu haben, mit der sie ja nur auf dumme Menschen wirken können. In dieser Zeit setzen wir auf dem größten Bau Wiens den Namen, den wir nur mit Ehrfurcht aussprechen können: Karl Marx. In seinem Namen haben wir hier eine neue Festung des Mieterschutzes geschaffen, einen aufragenden Zeugen dafür, dass der Kampf um den Mieterschutz von uns fortgeführt wird, mit nie ermüdender Kraft.“



**Dr. Hans Hautmann** ist Universitätsprofessor i.R. für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte und Ko-Autor des Werkes: Hans Hautmann/Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934, Schönbrunn-Verlag, Wien 1980

## Das Beispiel Langenhorn 73:

# Wenn sich Widerstand regt

### Protest gegen Mietwucher

Der Widerstand, von dem hier die Rede ist, ist der eines Bürgerentscheides. Es geht um die Wulffsche Siedlung, im Behördendeutsch: um den Bebauungsplan. Ein Bebauungsplan legt auch die Quadratmeter Wohnfläche und somit den zu erwartenden Profit für den Investor fest.

Gegen diesen Bebauungsplan gründete sich im September 2010 eine Initiative aus Anwohnern und Mietern der Wulffschen Siedlung, um den günstigen Wohnraum im Grünen zu erhalten. Im November 2010 wurde ein Bürgerbegehren in Hamburg-Nord angemeldet. Ein erfolgreicher Bürgerentscheid hat den Rang eines Bezirksversammlungsbeschlusses. Bis Mai 2011 mussten 6.500 Unterschriften gesammelt werden. Es kam tatsächlich zum Entscheid. Im Oktober wurde ausgezählt. Über 32.000 Bürger/innen beteiligten sich (14,4 Prozent), hiervon entschieden sich über 70 Prozent für die Forderung der Initiative „Stoppt Langenhorn 73, für günstigen Wohnraum – kein Abriss der Wulffschen Siedlung“.

Wie sehr sich alle anderen Parteien schwer tun, den Bürgerwillen (Bürgerentscheid) zu akzeptieren, zeigen die Mehrheiten in der BV Nord und diverse Wochenblätter, die sich mit Langenhorn 73 auseinandersetzen. Zwei politische Tendenzen lassen sich ablesen: Zum einen wird von allen anderen Parteien versucht, den Bürgerentscheid herunterzuinterpretieren. Insbesondere die Wahlbeteiligung wird als zu niedrig charakterisiert. Es wird sogar dem Hamburger Senat nahegelegt, die Sache mittels Evokation zu übernehmen. Das hat er inzwischen getan. Über 32.000 Stimmen für ein Siedlungsvorhaben, wo nur ein geringer Teil der in Nord Wahlberechtigten direkt betroffen ist, ist aber hoch einzuschätzen und von uns zu verteidigen.

Die zweite politische Tendenz ist das Bestreben, Mieter gegeneinander auszuspielen. Dafür geben sich vor allem die Wochenblätter (Springer!) her. Diese sehr gefährliche Vorgehensweise meinte DIE LINKE in Nord bis zu einem gewissen Zeitpunkt mit Enthaltung, sprich Nichtpositionierung, begegnen zu müssen. Ein politischer Kamikaze-Kurs. Mehrheitlich wurde dann aber parteiintern zum Glück anders entschieden. Ich halte diese politische Haltung für richtig und erforderlich, damit DIE LINKE wahrhaftig und politisch eindeutig links wahrgenommen wird.

Es war richtig, die unterschiedlichen Positionen innerhalb der LINKEN in sachlicher Debatte auszudiskutieren

und im Ergebnis die Initiative „Stopp Langenhorn 73“ zu unterstützen. DIE LINKE muss sich links positionieren. Was links bedeutet, macht auch das Logo der Initiative deutlich (siehe Bild). Hinter diese politische Qualifizierung zu „günstig Wohnen in Hamburg“ einer Bürgerinitiative darf DIE LINKE nicht zurückfallen.



Diese visuelle Zuspitzung hat diverse politische Implikationen. Wesentlich ist die Kapitalismuskritik. Hierzu hat sich schon Friedrich Engels 1873 ausführlich geäußert (Zur Wohnungsfrage; Marx-Engels-Werke, Bd. 18). Engels kam nicht auf die Idee, mit der Forderung nach günstigem Wohnraum schon den Kapitalismus abgeschafft zu sehen. Das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter ist ein grundlegend anderes als das zwischen Arbeiter/Angestellten und Produktionsmittelbesitzern. Doch auch 2012 bleibt die Forderung nach günstigem, also bezahlbarem Wohnraum für DIE LINKE bestehen. Denn die Hälfte der Hamburger Haushalte muss derzeit mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro auskommen. Der kapitalistische Wohnungsmarkt wird dem seit langem nicht gerecht.

Es gibt sogar eine Tendenz der Zuspitzung. Von den verbliebenen 7.164 Wohnungen fallen 1.280 bis zum Jahr 2015 aus der Sozialbindung. DIE LINKE muss das Wohnen als öffentliche Daseinsvorsorge begreifen. Das Wohnen muss rekommunalisiert werden.

Der Mietenspiegel gibt über die Tendenz der Mietzinsentwicklung anschaulich Auskunft. Man muss kein Hellseher sein, um vorhersagen zu können, dass die Wohnungsfrage samt Mietzins und Nebenkosten entscheidend in der politischen Auseinandersetzung in Hamburg bleiben wird. Die CO<sub>2</sub>-Reduzierung durch entsprechende energetische Sanierung ist Teil davon. SAGA/GWG sind hier von der LINKEN in Verantwortung zu nehmen.

DIE LINKE wird zunehmend dem „Teile und Herrsche“ eine am Allgemeinwohl orientierte Politik entgegenstellen müssen. Der sich dann entwickelnde Widerstand wird wirkmächtig sein.

**Lars Buchmann**, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord.

Das Beispiel Dresden:

## Heuschrecken und Privatisierung



**Dresden ist derzeit eine Stadt ohne eigenen kommunalen Wohnungsbestand. Wie konnte es dazu kommen?**

Seit 1990 hat die Hauptstadt Sachsens durchgehend eine CDU/FDP-geführte Stadtratsmehrheit und eine entsprechend handelnde Stadtverwaltung. Eine über 15 Jahre verfehlte Haushaltspolitik hatte bis 2004 der Stadt einen Schuldenberg hinterlassen, der auch die soziale Politik der Linkspartei deutlich erschwerte. Für manche erschien der Verkauf von kommunalem Vermögen, insbesondere der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WOBA, als Lösung.

Kommunales Vermögen ist aber auf lange Sicht eine wichtige Grundlage selbstbestimmten kommunalen Handelns in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge und darf von der Linkspartei nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die aktive Beteiligung der Fraktionsmehrheit (neun von 17 Stadträten) am Verkauf der WOBA im Jahr 2007 wurde denn auch sowohl von den Dresdnerinnen und Dresdnern als auch weit über die Stadtgrenze hinaus als Vertrauensbruch der (wahl)programmatischen Aussagen gegenüber den Wählerinnen und Wählern der damaligen PDS wahrgenommen. Als Folge zerbrach die Stadtratsfraktion, die Partei geriet in eine Krise, in der Öffentlichkeit war nicht mehr erkennbar, wofür sie stand.

Die Konflikte waren

1) kommunalpolitisch mit Blick auf im Stadtrat zu treffende Entscheidungen, infolge unterschiedlicher Politikansätze;

2) innerparteilich in Bezug auf das gestörte Verhältnis zwischen Partei und Fraktion;  
3) bündnispolitisch über den Umgang mit politischen Partnern;  
4) persönlich durch zerrüttetes Vertrauen, innerhalb der Fraktion und darüber hinaus.

Schon vor dem Totalverkauf der kommunalen Wohnungen gab es in der linken Stadtpolitik unterschiedliche Herangehensweisen, was an sich in einer pluralistischen Partei normal ist. Probleme entstanden aber, als die damit verbundenen inhaltlichen, vor allem aber auch persönlich geführten Auseinandersetzungen die Aktionsfähigkeit der Partei behinderten und dazu führten, dass die Linkspartei in der Landeshauptstadt nicht mehr als Gegenmacht zur CDU-dominierten Politik wahrgenommen wurde. Statt eigenständige Positionen zu entwickeln und faire und nachvollziehbare Kompromisse zu verhandeln, ergab sich ein öffentliches Bild der Zusammenarbeit von Teilen der Linksfraktion mit CDU und FDP.

Dabei gab es stets eine Mehrheit im Stadtverband und im Stadtvorstand, die das Handeln der knappen Mehrheit in der Fraktion kritisch sah, und auch die Gesamtmitgliederversammlung votierte eindeutig mit 78 Prozent gegen den Verkauf. Dennoch verabschiedete sich die Fraktion gegenüber der Partei.

*Weiter auf Seite 15*

# ALTONA NEUE MITTE

Die angekündigte Verlegung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofs nach Diebsteich, in eine Gegend, eingebettet zwischen Friedhöfen und Industrie- bzw. Bahnanlagen, würde den Bahnhof zu einer Zug-Ein- und Aussteigestation mit der Aufenthaltsqualität des S-Bahnhofes Tiefstack machen, wenn es denn eine solche Planung oder gar deren Ausführung je geben sollte, was die Bahn bis heute nicht bestätigt hat.

Aus städtebaulicher, aber auch aus soziokultureller Sicht definiert sich das Zentrum, die Mitte einer Stadt, durch den Bahnhof mit dem ihn umgebenden quirligen und bunten Leben. Altona den Bahnhof endgültig nehmen zu wollen und das dort und auf den dann geräumten Bahnflächen geplante monotone Wohnquartier als Neue Mitte zu bezeichnen, ist ein Stück Dreistigkeit, das dem gleichkommt, Müllhalden Recycling-Parks zu nennen.

Die eigentlich immer noch staatliche Deutsche Bahn AG (alle Aktien befinden sich im Besitz des Bundes) hat die für den 1. Bauabschnitt vorgesehenen Flächen westlich der Harkortstraße für 80 Euro pro Quadrat Meter an ihre frühere Tochtergesellschaft Aurelis und die Holstenbrauerei verkauft. Als Industriegelände. Aurelis wurde an den Baukonzern Hochtief, der für das Elbphilharmoniefiasco verantwortlich zeichnet, und einen dubiosen US-amerikanischen Hedgefond namens Redwoodgrove, stationiert in der karibischen Steueroase Cayman-Inseln, verkauft. Die Holsten-Brauerei wurde von der Carlsberg-Brauerei übernommen. Diese hat das von ihr erworbene nördlich zur Stresemannstraße hin gelegene Gelände an die ECE-Gruppe verkauft, hinter der der Otto-Versand steht. Nun sind die Flächen nach ihrer Ausweisung durch die BSU (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) als Bauland für Wohnbebauung ca. 800 Millionen Euro wert. Also das Zehnfache. Anstatt diesen Zugewinn abzuschöpfen, wie es in München immerhin teilweise praktiziert wird, geschieht in Hamburg nichts dergleichen. Im Gegenteil, in einer bis Dezember 2011 geheim gehaltenen Vereinbarung verpflichtet sich Hamburg gegenüber den Investoren, deren Entwicklungskosten bei 30 Millionen Euro zu deckeln, so dass eine Situation wie bei der Elbphilharmonie oder beim LBK-Verkauf an Asklepios bereits absehbar ist: Die explodierenden Kosten bleiben bei den SteuerzahlerInnen hängen, die Gewinne werden den investierenden Kapitalisten garantiert.

Möglichkeiten für die Schaffung eines vielfältigen Quartiers, wirklich durchmischt mit Wohnen, Grün und Kleingewerbe, sind im Masterplan des Oberbaudirektors und seines Sieger-Architekten im hochbaulichen Wettbewerb nicht vorgesehen, da alles einer einheitlichen Planung und Gestaltung unterzogen werden soll, wobei es nicht wundert, dass der Oberbaudirektor Jörn Walther und der Architekt André Poitiers gemeinsam im Aufsichtsrat der vom ECE ins Leben gerufenen Stiftung Lebendige Stadt sitzen (Vorsitzender: Alexander Otto, Chef des ECE).

Da das ECE zwar der größte Entwickler und Betreiber von Einkaufszentren in Europa ist, aber noch nie ein Wohnquartier entwickelt hat, stellt sich die Frage, welcher Plan hinter dem Engagement steckt. Aufgrund der engen Verbindung des ECE mit der Holsten-/Carlsbergbrauerei liegt der Verdacht nahe, dass Carlsberg den unrentablen Brauereistandort gegenüber dem neuen Wohnquartier mit immerhin 3.500 geplanten Wohnungen aufgeben bzw. nach Lübz in Mecklenburg-Vorpommern verlegen wird, wo Carlsberg bereits einen sehr modernen Standort betreibt, und das ECE dann auf dem Brauereigelände an der Holstenstraße ein Einkaufszentrum errichten will.

Olaf Scholz lobt sein Wohnungsbauprogramm mit dem sog. Drittmix als soziale Großtat, weil es ein Drittel geförderten sozialen Wohnungsbaus beinhalten würde. Tatsächlich wird dieses Drittel aber nur zu Zweidritteln nach dem ersten Förderungsweg (5,80 Euro pro Quadratmeter) und zu einem Drittel nach dem zweiten Förderungsweg (8,20) gestaltet, wobei die damit verbundene Mietpreisbindung nur für 15 Jahre gelten soll. Unter früheren SPD-Regierungen galt diese Mietpreisbindung bis zu 50 Jahren, in Österreich ist sie überhaupt nicht befristet. Nach 15 Jahren können die Kapitalisten nach der gegenwärtigen Gesetzeslage



die Mieten binnen drei Jahren jeweils um 20 Prozent erhöhen oder die Wohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln.

Wenn man die Realität gegenüberstellt, dass 46 Prozent der HamburgerInnen nach den geltenden Kriterien Paragraph-5-Schein berechtigt wären, also Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten, erweist sich der Drittmix als recht wenig sozial, sondern eher als ein befristeter Rendite-Ausfall-Ausgleich aus Steuergeldern, der vor allem jungen Familien aus dem Niedriglohnssektor, wenn sie denn überhaupt in den Genuss so einer Wohnung kommen, höchstens für den Durchlauf von Schnellkindern hilft, denn dass sie danach die derzeit in Altona geforderten Mieten nicht unter 13,50 Euro bei Neuvermietungen oder die Kaufpreise von nicht unter 4.000 Euro pro Quadratmeter für Eigentumswohnungen bezahlen werden können, dürfte eher unwahrscheinlich sein.

Als Resümee kann ich nur feststellen, dass der SPD-Senat fast genau das von Schwarz-Grün in der Endphase ihrer Koalition entwickelte Konzept weiterverfolgt. Dazu gehört auch der Drittmix mit 15jähriger Mietpreisbindung. Der SPD-Senat hat das Bahngelände weiterhin in seiner Planungshoheit behalten, auch wenn er von einer Kooperation mit dem Bezirk Altona spricht. Die aberwitzigen Gewinn-Mitnahmegarantien für die Kapitalisten zulasten der SteuerzahlerInnen sind beibehalten worden. Was die Bahn überhaupt vorhat, ist weiterhin im Dunkeln vor der Öffentlichkeit.

Der Hauptunterschied scheint zu sein, dass die SPD im Eiltempo sämtliche Genehmigungsbehörden mit Personen ihres Parteibuches zu besetzen bemüht ist.

**Robert Jarowoy** ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Eine völlig irrierte Auffassung von der Wahrnehmung des „freien Mandats“ trug ebenfalls dazu bei.

Das Mandat im Stadtrat, welches nur deshalb errungen worden war, weil es die LINKE gab, weil Genossinnen und Genossen engagiert Wahlkampf gemacht hatten und vor allem weil Tausende Wählerinnen und Wähler Hoffnungen in unseren Kampf für soziale Gerechtigkeit gesetzt hatten, wurde einfach zum Privateigentum erklärt.

Was waren die Folgen? Zwar führte der Verkauf des gesamten kommunalen Wohnungsbestandes von rund 44.000 Wohnungen zu Einnahmen für die Stadtkasse von fast einer Milliarde Euro, doch die Folgewirkungen werden mit dem Abstand der Jahre immer gravierender. Die Privatisierung hat zum Gegenteil von dem geführt, was die Befürworter versprochen hatten: nicht zu mehr Wettbewerb, sondern zu einem Monopol. Die WOBA wurde Bestandteil der deutschlandweit agierenden Gagfah (siehe den Artikel zu Steilshoop auf den Seiten 8/9), die als Teil im Fortress-Konzern an der Börse gehandelt wird. Dresden hat bis auf einige wenige Belegungsrechte keinerlei Einfluss mehr auf die lokale Wohnungssituation. Die Mieten sind nicht gefallen, sondern gestiegen. Es sind keine neuen Arbeitsplätze entstanden, sondern abgebaut worden.

Und deshalb kann es für uns LINKE – egal auf welcher Ebene – nur die eine Schlussfolgerung geben: Öffentliche Güter wie Energie, Wasser, der öffentliche Nah- und Fernverkehr, die Wohnungen, die medizinische Versorgung, die Kultureinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Bildung sind vor einer Privatisierung zu bewahren oder wieder zu vergesellschaften, mindestens aber an dem Gemeinwohl zu orientieren. Es handelt sich um eine Wiederaneignung öffentlicher Güter und Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge, die für alle Bürgerinnen und Bürger gleich zugänglich sein und bereitgestellt werden müssen.

Dass die LINKE Dresden aus den Vorgängen der Privatisierung der Wohnungsgesellschaft die richtigen Konsequenzen gezogen hat, zeigt der erfolgreiche Bürgerentscheid vom Januar dieses Jahres zur Zukunft der städtischen Krankenhäuser. Durch eine gut organisierte Kampagne, die gemeinsam mit ver.di, den Personalräten, einem Bürgerbündnis gegen die Privatisierung sowie mit der SPD geführt wurde, wurde den Anfängen gewehrt: Über 84 Prozent stimmten mit Ja, für den Erhalt der kommunalen Krankenhäuser und gegen eine Privatisierung.

**Hans-Jürgen Muskulus** ist Mitglied im Stadtvorstand der LINKEN Dresden, von 2006 bis Ende 2011 war er der Vorsitzende.



## Wir dokumentieren zwei unterschiedliche Standpunkte zur Kontroverse, wie DIE

Robert Jarowoy ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

### Die Menge macht's nicht allein

Das Wohnungsbauprogramm der SPD wurde in den einzelnen Bezirken durch Flächenempfehlungen für Wohnungsbau präzisiert. Hierzu hat der Arbeitskreis Stadtplanung der Altonaer Bezirksfraktion Stellung bezogen. Neben der wichtigen Frage quantitativer Schaffung von Wohnraum geht es uns auch um die Frage seiner Qualität und der Auswirkungen auf die Quartiere. Flächenempfehlungen, die sich nur oder vorwiegend über die Menge an Wohnungen definieren und qualitative Kriterien ignorieren, sind für uns nicht akzeptabel. Deshalb haben wir nicht nur das Wohnungsbauprogramm, sondern auch den vorgelegten Endbericht abgelehnt.

Wir treten für eine sozialverträgliche, nachhaltige und emanzipatorische Wohnungspolitik ein. Die ohnehin eklatant auseinanderlaufende Entwicklung unserer Gesellschaft darf durch falsche Wohnungspolitik nicht weiter verstärkt werden, im Gegenteil muss eine dem Gemeinwohl und den Ansprüchen auch einkommensärmerer Bevölkerungsgruppen verpflichteten Schaffung von ausreichendem Wohnraum auf geeigneten Flächen erreicht werden. Eine an sozial- und stadtentwicklungspolitischen Maßstäben orientierte, mit fachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung unter intensiver Beteiligung der Bevölkerung ist hierfür unabdingbare Voraussetzung.

Nur so kann auch sichergestellt werden, dass die Darstellung und spätere Ausweisung von Bauflächen auf die Schaffung nicht nur quantitativ, sondern auch

qualitativ ausreichenden Wohnraums hinausläuft. Dieser Aspekt ist im vorliegenden Endbericht zum Wohnungsbauprogramm zwar stichworthaft angesprochen, aber keineswegs ernsthaft berücksichtigt und in der Zuordnung zu den einzelnen Flächen nicht nachvollziehbar. Der Bericht reiht inhaltsleere Phrasen der Polit-PR aneinander, ohne Ansätze zu zeigen, wie denn die beschworene „Bewahrung von Identitäten und Milieus“, „Verträglichkeit mit dem Umfeld“, „Nachhaltigkeit“ und „Bezahlbarkeit“ erreicht werden könnten. Argumentative Stringenz – Fehlanzeige. Bewertungskriterien werden weder erläutert noch systematisch auf die zu bewertenden Flächen und Sachverhalte angewendet, und erweisen sich bei näherer Betrachtung als grob irreführend im Hinblick auf die postulierten Qualitätsziele. Insgesamt kaschiert der Bericht eine lediglich an quantitativen Erfolgszahlen orientierten Verwertungslogik.

So dokumentiert der Bericht zwar die Erkenntnis, dass die Marktmieten in Altona-Altstadt, Altona-Nord und Nienstedten auf vergleichbarem Niveau liegen, die Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigen jedoch in Nienstedten bei 150.000 und in Altona-Altstadt bzw. Altona-Nord bei 23.000. Der Bericht hält auch fest, dass der Anteil der LeistungsempfängerInnen nach SGB II in Lurup und Altona-Altstadt bei ca. 16 Prozent, in Groß-Flottbek, Othmarschen, Nienstedten und Blankenese dagegen bei einem Prozent liegt. Daraus werden aber keine Fragen, geschweige Konsequenzen im Hinblick auf

ausgleichende stadtentwicklungspolitische Weichenstellungen abgeleitet, die nicht nur der fortschreitenden Gentrifizierung in den zentralen Stadtteilen Einhalt gebieten, sondern auch der Segregation von Arm und Reich. So liegt etwa der Anteil an Sozialwohnungen in Altona-Altstadt bei 20 Prozent, in Blankenese bei einem Prozent – die Frage liegt auf der Hand, ob nicht der Anteil von Sozialwohnungen in Stadtteilen wie Blankenese deutlich zu erhöhen ist.

Der Bericht jedoch zieht aus der seitenlangen Wohnungsmarktanalyse lediglich das Fazit, Altona sei „ein heterogener und insgesamt wachsender Wohnungsmarkt mit überdurchschnittlicher Dynamik“ – an Belanglosigkeit und sozialer Blindheit ist das nicht zu übertreffen.

Auch die im Planungsatlas zum Zukunftsplan Altona vermerkten Defizite der Freiraumversorgung zumindest in den Stadtteilen Altona-Altstadt und Altona-Nord werden in keiner Weise aufgearbeitet. Um tatsächlich den genannten Qualitätszielen gerecht zu werden, wären u. a. zu bestimmen: konkrete Qualitätsziele für die Schaffung und Erhaltung gesunder Wohn- und Arbeitsbedingungen, bezogen auf klimatische Aspekte, Belichtung, Lärm, Infrastruktur u. a. Das heißt: welche dieser Anforderungen sind in welchem Umfang zu erfüllen?

Restriktionen für den Umfang der Innenentwicklung im Verhältnis zur Außenentwicklung.

Weiter auf Seite 19

## LINKE sich zum „Vertrag für Wohnungsbau“ des SPD-Senats verhalten soll.



Michael Joho ist wissenschaftlicher Referent der LINKE-Bürger-schaftsabgeordneten Heike Sudmann und Tim Golke

## Breiter aufstellen

**B**innen zwei Jahren hat sich die Wohnungsproblematik zu einem politischen Brennpunkt entwickelt: In Hamburg fehlen zwischen 30.000 und 90.000 Wohnungen. Die Folge sind endlose Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen, nichteinlösbare Wohnberechtigungsscheine, Obdach- und Wohnungslosigkeit – Belege für das eklatante Unterangebot vor allem im günstigen Segment, auf das Haushalte mit geringem Einkommen angewiesen sind. Auch wer nicht umzieht, sieht sich immer unerschämteren Mietpreisforderungen ausgesetzt. Der Mietenspiegel 2011 wies mit einer durchschnittlichen Rate von 5,5 Prozent gegenüber 2009 die höchste Steigerung seit Jahren aus, wobei vor allem Klein- und Altbauwohnungen z.T. mehr als zehn Prozent teurer geworden sind. 34 Prozent der HamburgerInnen befürchten, ihre Wohnung wegen der explodierenden Mieten verlassen zu müssen.

Ursächlich für diese Entwicklung ist vor allem eine neoliberale Politik, die die Wohnungsversorgung dem „freien Markt“ überlässt und sich aus sämtlichen staatlichen Förderprogrammen zurückzieht. So ist die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen von 155.000 (2000) auf 95.500 (2011) geschrumpft, obwohl die Arm-Reich-Schere immer weiter aufgegangen ist und fast 50 Prozent der Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. In nur zwei Jahren ist der Anteil der bindungsfreien Mietwohnungen unter sechs Euro pro Quadratmeter von 48 Prozent (2009) auf 33 Prozent (2011) gesunken. Wohnungsnot und Mietenwahnsinn werden dadurch verschärft, dass

Hamburg wächst, bis zum Jahre 2030 um ca. 100.000 Menschen.

Der SPD-Senat hat – im Gegensatz zu seinem Vorgänger – einige Zeichen der Zeit verstanden und ein Programm für jährlich 6.000 neue Wohnungen proklamiert. 2011 wurden dafür – unter weitgehender Missachtung bezirklicher Autonomie – zunächst ein Wohnungsbauvertrag mit den Bezirken und ein Bündnis mit der Wohnungswirtschaft geschlossen. Während im vergangenen Jahrzehnt nur 3.500 neue Wohnungen pro Jahr entstanden, sind 2011 Baugenehmigungen für ca. 6.800 Wohnungen erteilt worden. Selbst wenn davon ein Teil nicht realisiert wird, dürften ab 2013 nahezu doppelt so viele Wohnungen entstehen wie im Durchschnitt der letzten Jahre.

Doch dieser Schritt in die richtige Richtung greift viel zu kurz, denn die Zahl 6.000 reicht nicht aus, den Mangel von mehreren Zehntausend Wohnungen und die wachsende Zahl der Haushalte wettzumachen. Vor allem ist nicht ansatzweise erkennbar, wie der Wegfall günstiger Wohnungen ausgeglichen werden soll. Gerade einmal 1.200 im 1. Förderweg finanzierte Sozialwohnungen (Anfangsmiete 5,90 Euro/qm) sind vom Senat vorgesehen. Die 800 im 2. Förderweg angekündigten Wohnungen (8 Euro/qm) mögen den Mittelstand ansprechen, aber die größte Lücke klafft nun einmal bei kleineren, günstigen Wohnungen mit vernünftigem Standard.

Mit den bisherigen Mitteln der SPD- und CDU-Politik sind die skizzierten Fehlentwicklungen nicht zu beheben. Der „freie Markt“

regelt nichts, jedenfalls nicht im Interesse der Menschen mit kleinem Portemonnaie. Nicht nur in Hamburg gehören daher ein gemeinnütziger Wohnungsbau und öffentliche Wohnungsverwaltung wieder verstärkt auf die Tagesordnung gesetzt. Die Realisierung ist aber angesichts der realen Kräfteverhältnisse eine längerfristige Perspektive. So heißt es, Übergangsforderungen zu entwickeln, die die akute Not lindern, die aber auch die Bereitschaft und die Möglichkeiten zu grundlegenden Maßnahmen erweitern. In dieser Hinsicht ist die Wohnungspolitik ein gutes Betätigungsfeld, auf dem DIE LINKE ihre Strategie verdeutlichen kann. Zu den Übergangsforderungen zählen z.B. die nachhaltige Stärkung des MieterInnenschutzes zu Lasten der EigentümerInnen und VermieterInnen, der Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus und -bestandes und die damit verbundene Einschränkung von Privatisierung und Spekulation.

DIE LINKE sollte in der jetzigen Phase ihr Hauptaugenmerk auf den sozialen Wohnungsbau und den MieterInnenschutz richten. Nötig wären eine Verdopplung der Wohnungsbauförderung von 120 auf 240 Mio. Euro und eine Vermehrfachung der im 1. Förderweg errichteten Sozialwohnungen von 1.200 auf 4.000. Nötig wäre zugleich eine Gesetzgebung, die insbesondere bei Neuvermietungen die Mieten deckelt, die Kappungsgrenzen mieterfreundlicher gestaltet und die Umlage von (energetischen) Modernisierungskosten erheblich einschränkt oder verhindert.

*Weiter auf Seite 19*

Gemeinsam mit den Menschen aus dem Stadtteil gestalteten die beiden Künstler Matthias Berthold und Andreas Schön die Fassade am Eingang des S-Bahnhof Allermöhe. Individuell gestaltete Motiv-Kacheln bilden den Rahmen für persönliche Fotos, Zeichnungen und Textdokumente, die so die kollektive In-Besitznahme von öffentlichem Raum dokumentieren.



## Beteiligung und Demokratie in der Wohnungsfrage

Der Eimsbütteler Bezirksamtsleiter Thorsten Sevecke durfte kürzlich im „Hamburger Abendblatt“ seine Vision über „Eimsbüttel im Jahr 2030“ verkünden. Neben einer Reihe wunderbarer Aussichten über Eimsbüttel als „intelligentem“ und „lebenswertem“ Bezirk konnte er doch zwei weniger schöne Aussichten nicht ausklammern: Die Gefahr einer „wachsenden sozialen Spaltung“ und die immer stärker steigenden Mieten, die zu einer weiteren Verdrängung der „weniger gut verdienenden“ Haushalte führe.

Dieser Teil der Wirklichkeit ist bei einigen Verantwortlichen angekommen und es ist durchaus vernünftig, wenn die Bezirksversammlung Eimsbüttel für das „Generalsviertel“ und „Bei der Apostelkirche“ eine „Erhaltensverordnung“ (§ 172 BauGB Abs.1 Nr.1) beschlossen hat, die den Behörden größere Interventionsmöglichkeiten bei Investorenplanungen einräumt, allerdings nicht identisch ist mit einer „sozialen Erhaltungsverordnung“, die auch den Schutz angestammter Mietergruppen vor Verdrängung mit einschließt. Dennoch: Wie werden sich in diesem Jahrzehnt die Mietpreise in Hamburg entwickeln? Wird sich der Prozess der Verdrängung angestammter Mietergruppen weiter, womöglich verstärkt fortsetzen? Sind Wohnungen in den hamburger Kernbereichen zukünftig überhaupt noch bezahlbar?

Der Berliner Stadtforscher Andre Holm schreibt dazu in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (8/2011): „Unter dem Stichwort „Right to the City“ – „Recht auf die Stadt“ – konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern. In New Orleans fordern die Mieter der Sozialwohnungssiedlungen die Rückkehr in ihre preiswerten Wohnungen, in Madrid protestieren Sexarbeiterinnen und Bewohner gegen die Verdrängung aus ihrem Stadtteil, in Istanbul wehrte sich eine Roma-Nachbarschaft gegen den Abriss einer ganzen Siedlung, in kleineren deutschen Städten wie Wuppertal mobilisieren breite Bündnisse gegen das kommunale Spardiktat und in Hamburg besetzten Künstler die letzten historischen Gebäude im Gängeviertel, um die Neubaupläne eines Investors zu verhindern. Doch so vielfältig die einzelnen Aktivitäten und Forderungen sind, es gab kaum einen städtischen Protest, der nicht auf die Parole „Recht auf die Stadt“ zurückgegriffen hätte.“

Die Bauplanung und Stadtentwicklung in Hamburg liegt in der Verantwortung der Bezirke, der gewählten Bezirksvertretungen und der Bezirksverwaltung. Das ist der einzige verantwortliche Politikbereich, den das überholte Hamburger Bezirksverwaltungsgesetz den Bezirken „überlässt“; denn die Bezirks-

versammlung, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte kommunale Volksvertretung, ist tatsächlich kein souveränes Kommunalparlament, sondern Teil der Hamburger Verwaltung - also: eine Legislative, die ein Teil der Exekutive ist! Man kann sagen, dass jeder bayrische Dorfbürgermeister mehr Macht hat, als unsere von 250.000 Bürgerinnen und Bürgern gewählte Kommunalvertretung. Das ist ein Zustand, den es dringend zu verändern gilt!

Bezirksverband und Fraktion der LINKEN in Eimsbüttel haben die „Wohnungsfrage“ zum politischen Schwerpunkt erklärt und sich vorgenommen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dieses Themenfeld breit und öffentlich wirksam aufzurollen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die praktizierten Formen der „Bürgerbeteiligung“ keineswegs ausreichen, um legitime Bürger-, Anwohner- und Stadtteilinteressen gleichberechtigt in die Planungen einzubeziehen. Die Bürgerschaftsfraktion hat beschlossen, ein Rechtsgutachten zum Beteiligungs- und Demokratiedefizit von der Rechtswältin Lena Dammann erstellen zu lassen, die auch schon durch ihr Gutachten zum „Hoheluft-Domizil“ große öffentliche Aufmerksamkeit erzielt hatte.

Weiter haben Partei und Fraktion der LINKEN Vorschläge entwickelt, die an diesem Demokratie- und Beteiligungsdefizit ansetzen und weitergehende, gleichberechtigte Formen demokratischer Beteiligung an Planungsvorgängen vorsehen:

- ▶ Gründung eines „Eimsbütteler Forums für Wohnungsbau und soziale Stadtentwicklung“,
- ▶ Durchführung einer (partizipativ organisierten) jährlichen Konferenz „Wohnungsbau in Eimsbüttel“,
- ▶ Bildung von Bürger-/Anwohnerkomitees auf Regional- und Stadtteilebene.

Im Kampf um demokratische Beteiligung der Bevölkerung an Stadtplanung und in der Wohnungsfrage wird immer wieder deutlich, dass die soziale Grundform dieses Protests, die „Wohnungsfrage“, so alt wie der Kapitalismus ist. Schon Friedrich Engels hat sich vor 150 Jahren mit diesem Existenzproblem für die arbeitenden Klassen auseinandergesetzt und dabei Grundsätzliches festgestellt, das auch heute noch gilt: „Bei der Wohnungsfrage haben wir zwei Parteien einander gegenüber, den Mieter und den Vermieter oder Hauseigentümer. Der erstere will vom letzteren den zeitweiligen Gebrauch einer Wohnung kaufen; er hat Geld oder Kredit - wenn er auch diesen Kredit dem Hauseigentümer selbst wieder zu einem Wucherpreise, einem Mietzuschlag, abkaufen muß“.

**Helli Laab** ist Vorstandsmitglied der LINKEN im Bezirk Eimsbüttel; **Hartmut Obens** ist Redakteur der Hamburg Debatte

Fortsetzung von Seite 16  
R. Jarowoy „Die Menge macht´s nicht allein“

Das heißt z. B.: Wie viele Freiflächen in welcher Qualität sind für die derzeitige Bevölkerung vorhanden und erforderlich, welche können und müssen bei weiterer Bebauung und entsprechendem Bevölkerungszuwachs zur Verfügung gestellt werden? Der Umfang der Bevölkerungszunahme in den Quartieren, mögliche Veränderungen der Sozialstruktur und deren mögliche Folgen für die bereits dort lebenden Menschen; Kriterien dafür, was als angemessener Beitrag der unterschiedlichen Stadtteile zur Wohnungsbauentwicklung betrachtet werden kann; das konkrete Maß der „maßvollen Verdichtung“, das den Erhalt bzw. die Verbesserung der Qualitäten des Wohnumfeldes gewährleisten kann.

Grundsätzlich sollten alle Flächen, auf denen mehr als 50 Wohneinheiten möglich sind, vorerst von einer Zustimmung ausgeschlossen bleiben. Es gilt zunächst zu prüfen, ob und welche Veränderungen sich für die jetzigen Anwohner und die Sozialstruktur ergeben können.

Fortsetzung von Seite 17  
M. Joho „Breiter aufstellen“

Daneben gibt es viele Maßnahmen, so wie sie im Beschluss des Landesparteitages vom 27.11.2011 und in Papieren der Linksfraktion aufgeführt sind. Das beginnt beim Verzicht auf staatliche Wohneigentumsförderung und der Unterbindung des Büroneubaus auf städtischen Flächen, geht über den Ausbau des Wohnraumschutzes und die Bekämpfung von Leerständen, Zweckentfremdung und Ferienwohnungen und reicht bis zu Maßnahmen gegen Gentrifizierung und Segregation, z.B. dadurch, dass auch in Reichen-Vierteln Sozialwohnungen entstehen.

Es gilt, das soziale Grundrecht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen durchzusetzen und diesen Bereich wieder stärker den „freien Kräften des Marktes“ zu entziehen. Dies entspricht im Übrigen der vom Parteivorstand am 21./22.1.2012 beschlossenen Zielsetzung und sollte auch in Hamburg in einer „mieten- und wohnungspolitischen Offensive der LINKEN“ münden.

# Der „Piratenprozess“ in Hamburg: Die Angst der Richter

**A**nlässlich der Auslieferung der zehn Somali-er aus den Niederlanden nach Deutschland im Juni 2010 titelte die Pressestelle der Staatsanwaltschaft, es sei der erste „Piratenprozess“ in Hamburg seit 400 Jahren. Aber da war kein Hauch von Störtebeker, Drake oder „Fluch der Karibik“, als die dünnen Gestalten in Hamburg ankamen. Bis zu ihrer Festnahme durch niederländische Militärs auf dem deutschen Containerfrachter MS Taipan am 5. April 2010 im Indischen Ozean lebten die zehn, gegen die inzwischen seit über einem Jahr der Prozess geführt wird, in Somalia. Besser gesagt: Sie vegetierten, kämpften täglich mit ihren Familien um das Überleben. Den fünfzigsten Jahrestag der Unabhängigkeit Somalias von der europäischen Kolonialherrschaft am 1. Juli 2010 verbrachten sie in europäischen Gefängnissen, weil sie versucht haben sollen, sich gewaltsam an vor ihrer Küste vorbei schwimmendem europäischen Eigentum zu vergehen.

Nicht nur unter den Folgen des Kolonialismus leidet Somalia bis heute, sondern auch unter neuen ausländischen Plagen: International organisierte Fische-



**„Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“**

**Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, 1940**

reiflotten haben die Gewässer mit verheerenden Folgen für die heimischen Fischer intensiv und illegal befishet. Aufgrund des Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung seit dem Sturz Siad Barres wurden die somalischen Hoheitsgewässer seit 1991 kaum noch überwacht. Seit dieser Zeit wurde nach Angaben der UNO durch international operierende Firmen massiv Giftmüll vor der Küste verklappt. Tausende tote Fische wurden Anfang des letzten Jahrzehnts an die Küsten geschwemmt. Mit dem Tsunami 2004 wurden Giftmüllfässer an die Küste gespült, die zerbarsten und Meer und Küsten verseuchten. In der Küstenregion breiteten sich Erkrankungen aus, die auf das Gift zurückgeführt wurden. Lebensgrundlage und Gesundheit – alles weg.

Über 20 Jahre Bürgerkrieg haben aus der Hauptstadt Mogadischu, einst die „Perle Afrikas“ genannt, einen Müll- und Trümmerhaufen gemacht, aus weiten Teilen des Landes ein Schlachthaus. Jeder der Angeklagten kennt die Bilder von zerfetzten Menschen, von Gewehrsalven, Blut und Tod. Die Gewalt und der Tod ist ihre Lebensgeschichte, damit sind sie aufgewachsen. Kriege zwischen Clans und religiöse Auseinandersetzungen sind an der Tagesordnung. Mangelernährung und Infektionskrankheiten sind weit verbreitet, mindestens 70 Prozent der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu medizinischer Versorgung. Der Alltag insbesondere im Süden Somalias ist vorwiegend apokalyptisch. Viele Menschen sind einfach verrückt geworden, weil ein Mensch so etwas nicht aushalten kann. Wer flüchten kann, flüchtet. Die grenznahen Lager in Kenia sind übervoll.

Das alles weiß man sicher. Was man nicht sicher weiß, ist, was die zehn Menschen aus Somalia auf die MS Taipan gebracht hat. Der Hunger? Die Not? Die Hoffnung auf ein besseres Leben?

Es gibt Angeklagte, die berichten im Hamburger Prozess, sie seien entführt, zur Piraterie gezwungen worden, seien nicht freiwillig auf dem deutschen Containerschiff gewesen. Tatsächlich ist bekannt, dass es das gibt. Ein in Somalia lebender und forschender Professor hat das bestätigt. Wer aber gezwungen wurde, muss freigesprochen werden.

Das Gericht will nicht freisprechen. Seit Wochen streiten Angeklagte für die Durchsetzung ihres Menschenrechts auf Vernehmung eines Entlastungszeugen. Der lebt in Mogadischu. Sein Name ist bekannt, solange noch ein Guthaben auf seinem Handy ist, ist er telefonisch erreichbar, er hat sich auch bereit erklärt auszusagen, er würde sogar nach Hamburg reisen. Allerdings gibt es Probleme: kein Pass, kein Geld, keine funktionierende Staatsorganisation, keine Post, nicht einmal Straßennamen in den Flüchtlingscamps. Der Professor sagt Hilfe zu. Doch das Gericht entscheidet: Der Zeuge ist unerreichbar. Da-

rum hat die Verteidigung das Gericht aufgefordert, selbst nach Somalia zu reisen, um den Zeugen zu befragen und sich Gewissheit über die Frage der Entführung zu verschaffen. Doch das Gericht verweist auf die Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. Auf dessen Homepage ist zu lesen: „Besonders kritisch ist die Lage in Zentral- und Südsomalia, einschließlich der Hauptstadt Mogadischu. Neben der Gefahr gezielter Mordanschläge auf Ausländer und Entführungen ist dort stets mit Anschlägen (ferngesteuerte Sprengsätze, Granatbeschuss u. ä.) und bewaffneten Auseinandersetzungen zu rechnen. Diese ziehen auch Unbeteiligte in großer Zahl in Mitleidenschaft.“

Die Verteidigung sagt, das Gericht habe Angst. Es weist alle Anträge zurück, die die Richter in die Gefahr einer Reise nach Somalia bringen könnten. In den Beschlüssen, mit denen die Anträge der Verteidigung zurückgewiesen werden, liegt zumindest ein Hauch von Selbstverteidigung. Es werden weitere Argumente zusammengetragen, die glauben machen sollen, dass das Gericht im Recht sei: Der Zeuge sei gar nicht identifizierbar, schließlich habe er keinen Pass. Wie wolle man da feststellen, wer er wirklich ist? Vielleicht ist er in Wirklichkeit ein anderer und täuscht nur vor, ein Zeuge der Entführung zu sein. Nach solchen Gedanken ist der Zeuge nichts mehr wert, man kann sich auf seine Aussage nicht verlassen.

Tatsächlich handelt es sich um ein vor Gericht täglich vorkommendes Problem. Es liegt nicht daran, ob jemand einen Pass hat. Es liegt daran, ob eine Person lügt oder nicht. Das erkennt man nicht am Pass, sondern an der Aussage und an dem Menschen. Aber das Gericht kennt die Umstände in einem somalischen Flüchtlingslager nicht und kann sie darum nicht beurteilen. Es wird wenig von dort berichtet, weil der Aufenthalt in den Camps gefährlich ist. Das Gericht kennt auch nicht die Kultur der Menschen in Somalia. Alle, auch die Richter, stellen es sich furchtbar vor, dort leben zu müssen. Wie kann man da ein gerechtes Urteil finden?

Für die Verteidigung – und noch viel mehr für die Angeklagten – stellen sich eine Unmenge von Grundsatzfragen, die in dem „Hamburger Piratenprozess“ entschieden werden mussten. Schon an der Frage, ob alles getan wird, um des Zeugen der behaupteten Entführung habhaft zu werden, entscheidet sich ein Grundsatz: Haben Menschen, die man über rund 10.000 Kilometer nach Europa, nach Hamburg gebracht hat und deren Beweise für eine mögliche Unschuld sich in Somalia befinden, weniger Menschenrechte? Weniger Rechte auf Verteidigung, weil sie unter den gegebenen Umständen nicht praktikabel sind? Weniger Rechte, weil der angebliche Pirat kein Geld hat, seiner Verteidigung eine Reise und Leibwächter und alles zu finanzieren, was notwendig wäre, um trotz

der Entfernung und der unsicheren Lage in Somalia einen wichtigen Zeugen befragen zu können?

Ist ein Seeräuber oder der, den man dafür hält, jedermanns Feind? Ist er – hierher verschleppt – aus der bürgerlichen Gesellschaft auszugrenzen und muss er sich mit dem Recht zufrieden geben, das sich realisieren lässt? Das wäre ein Verstoß gegen die Verfassung.

Darf ein Richter oder eine Richterin aus Angst vor notwendigen Maßnahmen der Wahrheitsfindung zurückschrecken? Darf der Grundsatz „keine Strafe ohne Schuld“ durchbrochen werden, weil der Beweis der Unschuld keinen staatlich registrierten Namen, keine feste Adresse und kein Geld hat? Muss das Hamburger Landgericht bei diesem Sachverhalt nicht feststellen, dass ihm zur Aufklärung die Möglichkeiten fehlen?

Die gefangenen jungen Menschen aus Somalia brauchen die Hilfe ihrer Verteidigung. Aber sie brauchen auch die aktive Unterstützung einer für demokratische Rechte eintretenden Bevölkerung, um nicht als Paria behandelt zu werden, um nicht mit einem Sonderrecht für – oder besser gegen – Menschen aus den ärmsten Ländern dieser Erde überzogen zu werden.

Von außen sieht der „Piratenprozess“ fast aus wie jeder andere. Aber von innen gesehen höhlt er bürgerliches Recht aus. Nicht, weil die Richter diese Absicht hätten. Nicht, weil sie sich nicht bemühen würden, rechtsstaatlich zu verhandeln und zu urteilen, sondern weil sie vor der Tatsache kapitulieren, dass der Anspruch, für Sachverhalte aus der ganzen Welt Recht zu sprechen, nicht einlösbar ist – und weil sie trotzdem verurteilen werden.

Es ist nicht nur die Angst vor Somalia, die diesem Prozess ihren Stempel aufgedrückt hat. Es ist die Angst davor, dass die Armen der Welt nicht die Armen bleiben wollen. Dass sie sich wehren.

**Gabriele Heinecke** ist Rechtsanwältin in Hamburg und vertritt einen der Angeklagten.

Anzeige

**Made in Hamburg -  
tödlich weltweit**

**Rüstungsindustrie  
in Hamburg  
und Umgebung**



**Die Studie  
ist erhältlich im  
Wahlkreisbüro Jan van Aken**



Was steckt eigentlich hinter den Drohungen und Sanktionen, welche den baldigen Beginn eines neuen Kriegs im Nahen Osten befürchten lassen?

Geht es den USA und der EU wirklich nur darum, die angebliche Entwicklung einer Atombombe durch den Iran zu verhindern und für Stabilität im Nahen Osten zu sorgen? Und welche Rolle spielt Israel, das den Konflikt zum Beispiel durch einseitige Kriegsdrohungen noch befeuert?

**Regime Change.** Nach wie vor bestimmt die, mangels anderer Einflussmöglichkeiten, stark auf Sanktionen und Kriegsdrohungen basierende US-Außenpolitik den Konflikt um den Iran. Neue US-Sanktionen richten sich gegen alle ausländischen Unternehmen und Banken, die mit der iranischen Zentralbank Geschäfte machen. Zudem hat die Europäische Union einen Öl-Einfuhrstopp verhängt, auf den der Iran mit dem sofortigen Stopp der Erdölexporte an Großbritannien und Frankreich reagiert hat. In der EU soll zwar der Ausfall des iranischen Öls mit Lieferungen aus Saudi-Arabien kompensiert werden, aber gerade Griechenland und Italien beziehen zwischen 13 und 15 Prozent ihres Öls aus dem Iran. Die Folgen für die ohnehin am Rand des Kollapses stehenden Länder sind bisher noch nicht abzusehen.

Der Iran soll wirtschaftlich, militärisch und politisch isoliert und geschwächt werden, um das Land westlichen Interessen gefügig zu machen. Ein Regimewechsel käme den westlichen Staaten in ökonomischer Hinsicht sehr gelegen. Denn die Langzeitverträge, die der Iran etwa mit Indien und China über die Lieferung von Öl und Gas abgeschlossen hat, können wahrscheinlich nur aufgehoben werden, sollte Präsident Ahmadinedschad durch eine Marionette nach Vorbild Karsais ersetzt werden, die dafür sorgt, dass das iranische Öl eher nach Westen denn nach Osten fließt.

Aus geostrategischer Sicht ist der Iran das letzte Hindernis für eine vollständige Kontrolle im Nahen Osten und damit die Kontrolle über Energiereserven und Transportrouten. Jedoch ist die politische Situation im Iran komplexer, als es häufig dargestellt wird. Es gibt im Iran durchaus oppositionelle Kräfte und auch eine funktionierende Zivilgesellschaft. Mit den Sanktionen und Kriegsdrohungen wird aber nur den konservativen und repressiven Kräften in die Hände gespielt, die den Druck von außen nutzen, um ihren Führungsanspruch im Inneren auszubauen.

**Ölressourcen:** Der Iran verfügt über die weltweit zweitgrößten Öl- und Gasvorkommen. Öl und Gas machen 80 Prozent aller Exporterlöse und mehr als 50 Prozent des Staatseinkommens aus. Das ist in Hinblick auf die Ressourcenknappheit für die Energiesicherheit in Europa kein unwichtiges Faktum. Die USA beziehen zwar seit 1979 kein Öl mehr vom Iran, jedoch ist ihnen dessen strategische Lage schon län-

## Säbelrasseln am Golf

Hintergründe zum Konflikt um das iranische Atomprogramm

Der arabische Frühling hat den Konflikt um den Iran kurzzeitig an den Rand der medialen Berichterstattung gedrängt. Doch seit einiger Zeit steht das Thema wieder oben auf der Agenda. Der Ton in der Auseinandersetzung wird schärfer, die Abstände zwischen den Sanktionsrunden kürzer, ein Militärschlag gegen den Iran immer wahrscheinlicher. Seitens der westlichen Staaten und Israel wird eine ungeheure Drohkulisse gegenüber dem Iran aufgebaut. Alles auf Grund angeblicher Beweise im Untersuchungsbericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die eine militärische Ausrichtung im iranischen Atomprogramm belegen sollen. Stichhaltige Beweise sucht man aber vergebens.

ger ein Dorn im Auge. Denn durch den Platz an der nördlichen Seite des Persischen Golfes ist der Iran in der Lage, die Ölfelder Saudi-Arabiens, Kuwaits, Iraks und der Vereinigten Arabischen Emirate zu bedrohen, die zusammengenommen über mehr als die Hälfte der bekannten Weltölvorkommen verfügen. Der Iran liegt zudem an der Straße von Hormuz, der engen Wasserstraße, durch die täglich 40 Prozent der Weltölexporte transportiert werden. Die Einflussmöglichkeiten des Irans auf die globalen Ölströme sind damit vielfältig. Zudem entwickelt sich der Iran zu einem wesentlichen Öl- und Gasversorger Chinas, Indiens und Japans, was Teheran zusätzlichen Einfluss verschafft und die USA in ihrer Vormachtsstellung beschneidet.

Die USA haben eigentlich kein Interesse an einem Iran ohne Sanktionen, da dies unter Umständen sogar negative Auswirkungen auf den eigenen Außenhandel haben könnte. Denn je länger der Iran sanktionsfrei bleibt, desto mehr Möglichkeiten hat er, seinen Ölexport in die asiatischen Ländern auszubauen. Damit machte er sich dauerhaft vom amerikanischen Markt unabhängig. Für die USA läge darin ein weiteres Problem, da sie damit die Kontrolle über den Zugang zu den Ressourcen der Erde verlieren und noch weniger die Preise auf dem Weltmarkt diktieren könnten.

**Strategie des Greater Middle East.** Auch gilt der Iran immer noch als „schwarzes Schaf“ in der „Greater Middle East Initiative“ der US-Außenpolitik. Es handelt sich dabei um ein umfassendes politisches Projekt, das Eingriffe in die Verhältnisse der gesamten geographischen Großregion von Marokko bis Pakistan vorsieht.

Vordergründig soll die „Demokratisierung“ in den islamischen Ländern vorangetrieben, Freiheit und Menschenrechte gefördert werden. Diese Phrasen klingen allzu vertraut, zum Beispiel aus dem Krieg in Afghanistan. Daher lohnt sich ein genauerer Blick in das Arbeitspapier: In dem Greater Middle East-Projekt sind institutionelle Reformen und wirtschaftspolitische Richtlinien im Sinne einer Verstärkung „marktwirtschaftlicher Orientierung“ und sicherheits- bzw. militärpolitische Vorgaben auf das Engste miteinander verknüpft. Unter der Überschrift „Wirtschaftliche Chancen“ wird angekündigt, es solle in den betreffenden Ländern zu einer „wirtschaftlichen(n) Transformation ähnlich jener, welche die ex-kommunistischen Länder des östlichen Europa unternommen haben“, kommen. Als besonders vorbildhaft werden die Bestrebungen zur Herausbildung regionaler Freihandelszonen hervorgehoben.<sup>1</sup>

So kann der neoliberale Umbau, der in vielen Staaten im Nahen Osten schon umgesetzt wird, auch im Iran zügig begonnen werden, sollte es zu einem Regime-Wechsel kommen. Auch um die Sicherung der hegemonialen Vormachtsstellung der USA in der Region wird gekämpft, beginnt sie doch in letzter Zeit erheblich zu bröckeln.

**Die Rolle Israels.** Nachdem die Beziehungen zwischen dem Iran und Israel einst freundschaftlich geprägt waren, ist nach der islamischen Revolution von 1979 der Iran nun einer der größten Widersacher Israels in der Region. Israel kann sich bei seinen Drohgebärden eines mächtigen Verbündeten sicher sein, den USA. Denn schon bei dem Luftangriff auf den irakischen Atomreaktor Osirak 1981 gab es dank dem Veto der USA im Sicherheitsrat keine Sanktionen gegen diese rechtswidrige Attacke.

So heizt Jerusalem die Stimmung gegen den Iran weiter an und fordert härtere Sanktionen. Gerade durch die Androhung von einem militärischen Alleingang sollte auch die Zustimmung Chinas und Russlands zu den Sanktionen erpresst werden, die sie allerdings verweigern. Doch greift Israel schon jetzt zu eigenen Mitteln. Seit Beginn 2010 werden immer wieder Attentate auf iranische Atomphysiker verübt, denen schon drei Wissenschaftler zum Opfer gefallen sind. Dass dahinter der israelische Geheimdienst Mossad steckt, gilt als mehr als wahrscheinlich. Auch erhärtet sich der Verdacht, dass für die Stuxnet-Virus-Attacke, mit der Ende 2010 große Teile des iranischen Atomprogramms lahmgelegt wurden, die israelische Führung verantwortlich ist.<sup>2</sup>

Laut israelischer Regierung soll damit in naher Zukunft die Abwehr von iranischen Raketenangriffen erreicht werden, langfristig die Verhinderung eines Atomschlags seitens des Irans. Israel besitzt selbst ein umfangreiches nukleares Waffenarsenal – ein Umstand, der gern gerechtfertigt wird, sei dies doch zur Existenzsicherung Israels notwendig.

Israels Elite instrumentalisiert damit die tatsächlichen Sicherheitsbedürfnisse der eigenen Bevölkerung, um Besatzungspolitik und Krieg, vor allem gegen die palästinensische Bevölkerung, aber auch gegen die Nachbarstaaten fortzusetzen. Außerdem hat der sich ständig verschärfende Konflikt mit dem Iran auch den Vorteil, dass die Kritik an der israelischen Siedlungspolitik in der politischen Diskussion zurücktritt.

Jüngst hat der Iran angeboten, die Gespräche über sein Atomprogramm, welche seit knapp einem Jahr unterbrochen sind, wieder aufzunehmen.

Es bleibt zu hoffen, dass dieser Konflikt am Verhandlungstisch ausgetragen wird und nicht in einen weiteren Kriegsschauplatz im Nahen Osten mündet.

**Anne Geschonneck**, Landessprecherin der Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt, Mitglied im Bundesvorstand von DIE LINKE.SDS und im Bundesarbeitskreis Antimilitarismus und Frieden.

---

1) [www.al-bab.com/arab/docs/international/gmep2004.htm](http://www.al-bab.com/arab/docs/international/gmep2004.htm)

2) [www.nytimes.com/2011/01/16/world/middleeast/16stuxnet.html?\\_](http://www.nytimes.com/2011/01/16/world/middleeast/16stuxnet.html?_)

# An die internationale Öffentlichkeit

Auszüge eines Aufrufs von Mikis Theodorakis

[...] Griechenland hat mit diesem Moratorium [das sogenannte Kredithilfeabkommen mit den Ländern der Eurozone – Red.] seine nationale Eigenständigkeit und sein Staatsvermögen an das Ausland abgetreten. Also Häfen, Flughäfen, die Verkehrswege, Energie- und Wasserversorgung, die Bodenschätze, auch die unterseeischen Bodenschätze usw. Und ebenso die historischen Kulturschätze wie die Akropolis, die antiken Stätten Delphi, Olympia, Epidaurus usw., da Griechenland es unterlassen hat, energisch Einspruch zu erheben.

Die Produktion ist zum Erliegen gekommen, die Arbeitslosigkeit bis auf 18 Prozent gestiegen, es schlossen 80.000 Geschäfte, tausende Manufakturen und hunderte Industriebetriebe. Insgesamt haben 432.000 Unternehmen dicht gemacht. Zehntausende junge Fachkräfte verlassen das Land, tausende ehemals gut situierte Bürger durchwühlen den Müll und schlafen auf dem Bürgersteig.

Währenddessen geht man in Europa davon aus, dass wir dank des Großmuts unserer Gläubiger, dank des Europas der Banken und des IWF überleben werden. In Wahrheit aber fließen die Gelder aus jedem der Rettungspakete mit den Dutzenden Milliarden Euro, mit

Veranstaltungshinweis



Sonntag, 1. April 2012, 11:00 Uhr, Deutsches Schauspielhaus Hamburg (20 Euro, Erm. 12 Euro)  
**Mikis Theodorakis – Du bist Griechenland**  
Eine Hommage: Mit **Gerhard Folkerts** (Klavier), **Rolf Becker** (Rezitation), **Julia Schilinski** (Gesang) und Gästen. Kartentelefon 040-248713

denen Griechenland belastet wird, zu über 80 Prozent wieder dahin zurück, wo sie herkommen, während uns neue, unmöglich abzuzahlende Zinsen aufgebürdet werden. Und weil die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden Staates, des Krankenhauses- und des Schulbetriebs besteht, verlangt die Troika den mittleren und untersten sozialen Schichten der Gesellschaft die Zahlung überdimensional hoher Steuern ab, was direkt zu einer Hungersnot führen wird. Eine Hungerkatastrophe hatten wir bereits zu Beginn der deutschen Besatzung, 1941, die 300.000 Todesopfer innerhalb von sechs Monaten forderte. Das damalige Schreckgespenst Hunger kehrt jetzt in unser geschmähertes und ins Unglück gestürzte Land zurück.

Wenn man sich noch einmal bewusst macht, dass es unter der deutschen Besatzung in Griechenland eine Million Tote gab und unser Land die totale Zerstörung erlebte – wie sollten wir Griechen die Drohungen von Angela Merkel widerspruchslos erdulden und uns den Bestrebungen Deutschlands beugen, Griechenland einen neuen Gauleiter aufzuzwingen? Der diesmal in Anzug und Krawatte auftritt ...

Um deutlich zu machen, dass Griechenland reich und das griechische Volk arbeitstüchtig ist, dass es überlegt handelt (im Bewusstsein seiner Verantwortung für die Freiheit und die Liebe zu seiner Heimat), verweise ich auf die Zeit der deutschen Besatzung von 1941 bis Oktober 1944. Als die SS und der Hunger eine Million Bürger umbrachten und die Wehrmacht das Land systematisch zerstörte, die Güter der landwirtschaftlichen Produktion und den Goldschatz der Banken raubte, retteten die Griechen mit der Gründung einer Bewegung der nationalen Solidarität das Volk vor dem Hungertod. Sie bildeten ein 100.000 Mann starkes Partisanenheer, welches 20 deutsche Divisionen in unserem Land zum Stehen brachte.

Gleichzeitig gelang es den Griechen dank ihres Fleißes nicht nur zu überleben, sondern es kam unter den Bedingungen der Besatzung sogar zu einer enormen Entwicklung im Bereich der neugriechischen Kunst, speziell auf dem Gebiet der Literatur und der Musik. Griechenland wählte den Weg der Selbstaufopferung für die Freiheit und entschied sich gleichzeitig, überleben zu wollen.

Genauso wie damals üben wir jetzt Solidarität untereinander, leisten Widerstand und werden überleben – in der Gewissheit, dass das griechische Volk sich behaupten wird. [...]

Heute, am Sonntag, den 12. Februar, bereite ich mich gerade darauf vor, an der Demonstration teilzunehmen, zusammen mit Manolis Glezos, dem Helden, der 1942 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis herunter holte und so das Signal für den Widerstand gegen Hitler setzte. In den Straßen und auf den Plätzen werden sich hunderttausende Bürger versammeln, die ihren Protest

gegen die Regierung und die Troika bekunden wollen. Gestern hörte ich unseren Bankier-Premierminister in seiner Ansprache an das griechische Volk sagen, dass „wir fast bei Null angekommen sind“. Wer aber hat das Land denn innerhalb von zwei Jahren an diesen NULLPUNKT gebracht? Dieselben, die anstatt im Gefängnis zu sitzen, die Abgeordneten erpressen, das neue Moratorium, also das zweite Sparpaket, zu unterschreiben, und dieses neue Moratorium ist schlimmer als das erste, welches von denselben Menschen und mit den selben Methoden umgesetzt werden wird, die uns an den NULLPUNKT führten. Warum? Weil der IWF und die Eurogroup das so angeordnet haben und uns mit dem Argument erpressen, dass Griechenland bankrott gehen wird, wenn wir uns nicht fügen [...] Aber wir haben unter sehr viel schwierigeren Umständen in den vergangenen Jahrhunderten überlebt, und es ist sicher, dass die Griechen nicht nur überleben, sondern auch wieder auferstehen werden, selbst wenn man sie gewaltsam bis an den Abgrund drängt. [...]

Was Europa betrifft, so schlage ich vor, ab sofort keine weiteren Rüstungsgüter aus Deutschland und Frankreich zu kaufen. Außerdem sollten wir alles dafür tun zu erreichen, dass Deutschland die Kriegsentschädigungen bezahlt, die es uns schuldet. Diese könnten sich inzwischen – einschließlich der Zinsen – auf 500 Milliarden Euro belaufen.

Die einzige Kraft, die diese revolutionären Veränderungen zuwege bringen kann, ist das griechische Volk, vereint zu einer riesigen Front des Widerstands und der Solidarität, damit die Troika (der IWF und die europäischen Banken) sich aus unserem Land zurückzieht. [...]

Ich habe mich voll und ganz diesem Ziel – der Bildung der Einheit einer Volksfront – verschrieben und ich glaube, dass die Geschichte mir schließlich recht geben wird. Ich kämpfte mit der Waffe in der Hand gegen die Besetzung Griechenlands durch Hitlerdeutschland. Ich lernte die Verließe der Gestapo kennen. Ich wurde von den Deutschen zum Tode verurteilt und überlebte wie durch ein Wunder. 1967 gründete ich die Patriotische Front (PAM), die erste Widerstandsorganisation gegen die Militärjunta. Ich kämpfte in der Illegalität. Ich wurde verhaftet und im „Schlachthof“ der Junta-Staatssicherheit gefangen gehalten. Wieder überlebte ich.

Jetzt bin ich 87 und es ist sehr wahrscheinlich, dass ich die Rettung meiner Heimat nicht mehr erleben werde. Ich werde jedoch ruhigen Gewissens sterben, denn aufgrund meines Wirkens bin ich mit mir im Einklang. Ich werde bis zum letzten Tag fortfahren, meine Verantwortung für die Ideale der Freiheit und des Rechts wahr zu nehmen.

*Athen, 12. Februar 2012*

Übersetzung von **Ina und Asteris Koutoulas**

## Griechenlands Krise – Solidarität der Linken

In Zeiten von heftigen Klassenangriffen mit tragischen Folgen – wie der Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit sowie sinkender Qualität im Gesundheits- und Bildungsbereich –, stellen sich der Linken vielfältige Aufgaben. Zunächst ist da der Aufbau einer sozialen und politischen Widerstandsfront zur herrschenden Politik. Neben der Bemühung um die Entwicklung eines alternativen politischen Programms ist Solidarität von entscheidender Bedeutung.

Denn die Krise schlägt sich im Bewusstsein der Arbeiter nieder und befördert Politikverdrossenheit: Es gelingt den Herrschenden zunehmend, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass nichts ausgerichtet werden könne. So werden sie in die Vereinzelung getrieben, während die Massenmedien die Rolle von Propagandaorganen eingenommen haben und die bürgerliche Demokratie bis ans Äußerste abgebaut wird.

In einer Zeit, in welcher der Sozialstaat und alle Formen institutionalisierter Solidarität wie beispielsweise das Versicherungssystem verschwinden, alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in Märkte und die gesamten Gemeingüter in Waren umgewandelt werden, entsteht ein veränderter – aber nicht neuer – Rahmen. Daher ist es notwendig, uns auf nationaler und europäischer Ebene durch Solidaritätsnetzwerke und Organisationen zu stärken, die der wachsenden Armut Widerstand leisten und das gesellschaftliche Leben von Grund auf neu gestalten.

**Die vergessene Gesellschaft und neue Formen der Kolonisation.** Nach offiziellen Zahlen<sup>1</sup> explodierte im dritten Quartal 2011 die Arbeitslosigkeit auf 17,7 Prozent gegenüber 16,3 Prozent im Vorquartal. Die Frauenarbeitslosigkeit ist höher als unter Männern (21,5 zu 15 Prozent), der höchste Anteil lässt sich bei der Jugend beobachten (15 bis 29 Jahre: 35 Prozent). Die reale Arbeitslosigkeit ist sehr viel höher, da viele prekäre Arbeit nicht berücksichtigt wird. Die Zahlen belaufen sich in Wirklichkeit auf mehr als eine Million Menschen ohne Job und zwei Millionen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Es wurden Sonderwirtschaftszonen vorgeschlagen, die in der Regel in Ländern der Dritten Welt in verschiedenen Modellen vorkommen (Freihandelszonen, Bereiche der freien Exportprozesse, spezielle Investitionsbereiche etc.). Sie sind eine Weiterentwicklung der „maquiladoras“, die von multinationalen Unternehmen in den Grenzen zwischen den USA und Mexiko geschaffen wurden. Alle Auswertungen über diese Gebiete, sogar von der Weltbank, zeigen, dass die Ziele nie erreicht wurden für die Regionen oder Länder.

*Weiter auf Seite 27*

# Umbruch in Syrien: Frieden und Würde!

Syrien ist ein Mosaik, Menschen unterschiedlicher Konfessionen leben seit Jahrhunderten friedlich miteinander

Im Jahr 1946 erkämpften die Syrer ihre Unabhängigkeit von den französischen Kolonialherren, die Syrische Arabische Republik wurde ausgerufen. Nach einem Putsch übernahm 1970 Hafiz al-Assad die Macht. Zu einem folgenschweren Aufstand kam es 1982 in Hama. Die Armee griff ein, es kam zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf 40.000 bis 50.000 Zivilisten und etwa 1.000 Soldaten starben. Dem Massaker folgte eine umfangreiche Verhaftungswelle, mit der die gesamte Bevölkerung eingeschüchtert werden sollte, um Assads Machtposition zu stärken.

Obwohl die Baath-Partei seit 1972 mit anderen Parteien eine nationale Front bildet, besteht de facto ein Einparteiensystem, da die Baath-Partei in dieser Koalition über 51 Prozent der Stimmen verfügt und das politische System dominiert. Der Präsident bestimmt die Richtlinien der Politik, ernennt und entläßt die Regierung und hat Gesetzesinitiativ- sowie Vetorecht. Im Juni 2000, nach dem Tod Hafas al-Assads, wurde sein Sohn Baschar al-Assad Nachfolger.

Der Arabische Frühling begann in Syrien vor über zehn Jahren. Mit Baschar al-Assad hoffte die Bevölkerung auf eine demokratische Öffnung. Reformen wurden mehr und mehr gefordert, Intellektuelle gründeten Vereine und Foren und brachten einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozeß über politische und sozia-

le Fragen in Gang. Doch diesem Damaszener Frühling folgte der Damaszener Winter. Zahlreiche Intellektuelle und Parlamentarier wurden eingesperrt, es fanden Schauprozesse statt, man kehrte zurück in die Diktatur.

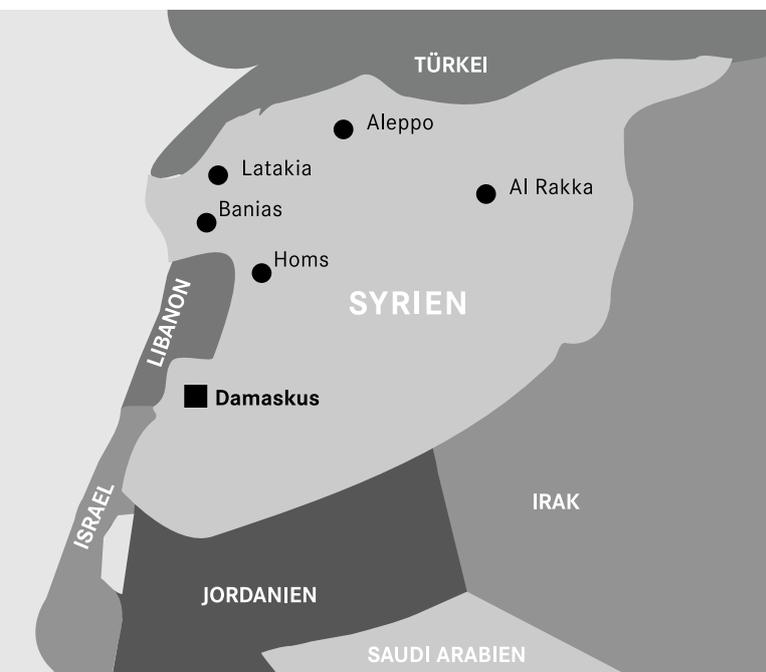
Seit über zehn Jahren wird auch in Syrien brutal privatisiert und liberalisiert. Die Zahl der Armen ist gestiegen, die Mittelschicht verschwunden, die so genannten neuen Ökonomen werden hofiert. Es ist kein Zufall, daß der Aufstand aus den vernachlässigten Gebieten gekommen ist, wo Aufbau und Infrastruktur fehlen, wo die Menschen täglich damit beschäftigt sind, ihre Kinder einigermmaßen zu versorgen, wo die Jugend keine Perspektive sieht, die von Bildung und Arbeit ferngehalten wird.

Begonnen haben die Proteste im März 2011, als etwa 100 Demonstranten vor das Innenministerium in Damaskus zogen und die Freilassung der politischen Gefangenen forderten. Die Polizei nahm 30 fest. In der südsyrischen Stadt Daraa schrieben Jugendliche regimekritische Losungen an Wände. Man rief die gleichen Parolen wie in Ägypten: „Das Volk will das Regime stürzen!“ Daraufhin wurden mehrere Jugendliche verhaftet und gefoltert. Als die Eltern sie suchten, wurden auch sie geschlagen, und die Protestwelle begann. Es kam zu schweren Unruhen anlässlich der Beisetzung von zuvor getöteten friedlichen Demonstranten. Trotz massiver Polizeipräsenz kam es immer wieder zu Demonstrationen, die mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden. Seitdem haben sich die friedlichen Solidaritätsproteste gegen die Gewalt der Machthaber ausgeweitet. Die Menschen haben sich in Komitees, Vereinen und Parteien zu organisieren begonnen. Die Proteste fanden und finden in mehr als 500 Orten im ganzen Land statt. Armut, die Vernachlässigung vieler Gebiete und Hoffnungslosigkeit haben die Menschen mit der Forderung nach Demokratie, Freiheit und Würde auf die Straße getrieben. Kritik an den Machhabern war bis dahin Tabu.

Die syrische Opposition ist sehr vielfältig, die zum Teil gegensätzliche Positionen vertritt. Der Syrische Nationalrat meint, die alleinige Vertretung der Revolution zu sein. Er ist bereit, mit dem Teufel zu kooperieren, um anerkannt zu werden, und einige Kräfte von ihnen befürworten eine militärische Intervention von Außen.

Der Kurdische Nationalrat besteht auf seinen Forderungen: die Anerkennung der Kurden als zweite Nation neben der arabischen in der zukünftigen Verfassung sowie das Selbstbestimmungsrecht innerhalb der territorialen Integrität Syriens.

Das Nationale Koordinierungskomitee für den demokratischen Wandel lehnt sowohl militärische Interventionen als auch den bewaffneten Kampf



Syrien grenzt im Süden an Jordanien und die Westbank, im Westen an den Libanon und das Mittelmeer, im Norden an die Türkei und im Osten an den Irak. Hier leben 23 Millionen Menschen unterschiedlichster Konfessionen und Nationalitäten.

ab. Die Aktivisten setzen sich für soziale Rechte und eine echte Demokratisierung der Gesellschaft ein und fordern an erster Stelle ein Ende der Gewalt, die Freilassung der politischen Gefangenen, Neuwahlen und eine demokratische Verfassung.

Syrien ist ein strategisch wichtiges Land, und seine Bevölkerung ist sehr politisch. Die Syrier haben viel zu lange die Peiniger geduldet, unter deren Gnade sie seit Jahren leben. Doch die Revolutionäre der Geschichte, die gegen das Osmanische Reich und die Kolonialherren kämpften, begleiten uns immer. Die syrische Bevölkerung weiß ganz genau, daß sich viele in ihren inneren Angelegenheiten zu Wort melden, die eigentlich nur ihre eigenen Interessen sichern wollen. Die Völker dieser Region leiden seit Jahren unter der Herrschaft und der Weltpolitik. Syrien ist ein Mosaik, die Menschen unterschiedlicher Konfessionen leben seit Jahrhunderten friedlich miteinander und wollen weiter friedlich miteinander in Würde leben. Die Syrier brauchen Solidarität, humanitäre Hilfe und keine Bomben.

**Rim Farha**, Berlin, Vorstandsmitglied im Nationalen Koordinierungskomitee für den demokratischen Wandel in Syrien/Exil, Mitglied der LINKEN und im Deutschen Friedensrat.

---

„Griechenlands Krise – Solidarität der Linken“  
*Fortsetzung von Seite 25*

Laut einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation können in allen Gebieten prekäre Arbeit und unterminierte Arbeitsbedingungen sowie ein Verbot von Gewerkschaftsaktivität beobachtet werden. Diese Bereiche stellen lediglich ein Modell von Reichtum für das Großkapital und Investoren dar, jedoch keinerlei Entwicklung für die breitere Region.

**Sozialer Widerstand, Solidaritätsnetzwerke und kollektiver Ungehorsam.** Es begann mit der Entstehung der „Ich-zahle-nicht“-Bewegung<sup>2</sup>, bei der es sich um Protest gegen eine Erhöhung der Straßenbenutzungsgebühr handelte. Viele sind heute in ihrer Nachbarschaft, ihren Städten oder im ganzen Land aktiv; in verschiedenen Formen von sogenannten „Solidaritätsnetzwerken“. Diese Netzwerke basieren auf dem Prinzip „Nie-

mand für sich allein in der Krise“. Sie reichen von kollektiven Kochtreffen über die Arbeit in sozial-medizinischen Betreuungszentren und Betreuung für Schülerinnen und Schüler bis hin zu Sprachkursen für Migranten.

Da die Regierung beschlossen hat, eine zusätzliche Steuer auf Stromrechnungen als ein Instrument zur Erhöhung der Steuereinnahmen zu erheben – eine Summe achtmal so hoch wie bisher – formierte sich eine große Welle des Widerstandes. Ausgehend von Städten in der Region Athen, wo die Bürgermeister von den Listen der radikalen Linken wie Elliniko and Nea Ionia gewählt wurden, forderte eine beträchtliche Anzahl von Gemeinderäten die Bürgerinnen und Bürger auf, diese illegitime und verfassungswidrige Steuer nicht zu zahlen. Zugleich bildeten sich juristische Gruppen, um den Bürgerinnen und Bürgern bei dem Vorgang des Nichtzahlens der Steuer zu helfen.

**Die Gegenoffensive der politischen Linken.** Die Gründung der Partei der Europäischen Linken (EL) im Jahr 2004 und ihre Entwicklung fortan war ein wichtiger Schritt für die Stimme der Linken: Vom ersten gemeinsamen Manifest<sup>3</sup> anlässlich der EU-Wahlen 2009 hin zu Hunderten von gemeinsamen Positionsdokumenten zu verschiedenen Themen<sup>4</sup> – die EL stellt sowohl ein wichtiges Werkzeug als auch eine Realität dar. Ein Werkzeug zur Zusammenführung der Kämpfe, die in ganz Europa stattfinden und ähnlich sind, aber auch für die Entstehung von Initiativen, wie beispielsweise des Gemeinsamen Appells für die Rettung der Völker Europas<sup>5</sup>, initiiert von Manolis Glezos und Mikis Theodorakis. Eine Wirklichkeit, die in ganz Europa mobilisierend wirken soll – in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Organisationen und sozialen Bewegungen. **Die EU wird demokratisch und sozial sein oder sie wird nicht bestehen!**

**Giorgos Karatsioubanis** ist Mitglied des Zentralkomitees von Synaspismos, Übersetzung aus dem Englischen von **Judith Benda**.

- 
- 1) Zahlen von ELSTAT, „Hellenic Statistical Service“, Griechischer Statistischer Dienst
  - 2) <http://denplirono.wordpress.com/about/>
  - 3) [www.european-left.org/english/elections\\_2009/overview/](http://www.european-left.org/english/elections_2009/overview/)
  - 4) [www.european-left.org/english/3rd\\_el\\_congress/3rd\\_el\\_congress/](http://www.european-left.org/english/3rd_el_congress/3rd_el_congress/)
  - 5) [de.european-left.org/deutsch/aktuelles/theodorakis\\_und\\_glezos\\_ap-pell\\_fuer\\_die\\_rettung\\_der\\_voelker\\_europas/](http://de.european-left.org/deutsch/aktuelles/theodorakis_und_glezos_ap-pell_fuer_die_rettung_der_voelker_europas/)

Anzeige

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**  
... oder als 3-Wochen-Probeabo.  
Bestellen unter [www.jungewelt.de/abo](http://www.jungewelt.de/abo)

Jetzt am Kiosk.

**junge Welt**  
Die Tageszeitung  
Kioskpreis 4  
Abonnementpreis 5  
**Wut auf die Troika**

# Heillos verstrickt: Neonazis und Verfassungsschutz



Der „Verfassungsschutz“, der dem Schutz von Verfassung und Demokratie dienen soll, trägt einen euphemistischen Tarnnamen. Denn in seiner Ausprägung als Inlandsgeheimdienst ist er selbst Fremdkörper in der Demokratie.

Die unglaubliche Neonazi-Mordserie mit zehn Toten, ihre skandalöse Nichtaufklärung und die dubiose Rolle des Verfassungsschutzes (VS) haben uns in den vergangenen Monaten schockiert und in Atem gehalten. Die Verbrechen der „Zwickauer Zelle“ um die Nazi-Terrorgruppe „NSU“, denen außer zehn Morden mehrere Sprengstoffanschläge und bewaffnete Banküberfälle angelastet werden, haben die außerordentliche Gefahr durch rechtsextreme Gewalt endlich in den gesellschaftlichen Fokus gerückt. Die Untersuchung der Hintergründe und Netzwerke der rechtsterroristischen Zelle und ihrer Mordtaten hat begonnen, ebenso die Aufklärung darüber, warum die Gefahren des Neonazismus ganz offensichtlich von Sicherheitsbehörden seit vielen Jahren systematisch unterschätzt wurden. Das offizielle Deutschland zeigte sich jedenfalls bass erstaunt und steht mit offenem Mund am Anfang seiner Erkenntnisgewinnung.

**Öffentliches Erstaunen.** Dieses öffentliche Erstaunen über den Neonaziterror ist ganz besonders auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte schockierend – und angesichts der Tatsache, dass seit 1990, also dem Jahr der deutschen Vereinigung, mehr als 150 Menschen von Neonazis und anderen fremdenfeindlich eingestellten Tätern umgebracht wurden – jetzt müssen wir mindestens zehn weitere Opfer dazurechnen. Die Terrorangriffe gegen Asylbewerber, türkische Männer, Frauen und Kinder, gegen Obdachlose und Behinderte, gegen Juden und Linke gehen weiter. Und die Täter sind mitten unter uns. Das mörderische Phänomen ist also keineswegs neu – auch wenn sich viele Sicherheitspolitiker vollkommen überrascht geben, obwohl schon in den 80er Jahren 35 Menschen in Westdeutschland durch rechte und rassistisch motivierte Gewalt ums Leben kamen.

Wie reagierte der Staat auf den seit 1990 erstarken Neonazismus und auf die eskalierende rechte Gewalt? Die Sicherheitsorgane des Bundes und der Länder, also Polizei, Verfassungsschutz und Justiz, haben diese Gefahr verharmlost, redeten gern von Einzeltätern, leugneten organisatorische Zusammenhänge, verhielten sich indifferent oder dilettantisch und haben damit schon frühzeitig, aber bis hinein in die jüngere Zeit falsche Zeichen gesetzt. Die VS-Behörden des Bundes und der Länder versagten schon in den 1980er und 90er Jahren als „Frühwarnsystem“, das sie eigentlich sein sollen. Weder konnten sie die

Zunahme rechter Organisationen und Aktivitäten vorhersagen und erklären noch die Zunahme rassistischer Gewalttaten. Und lange Zeit bagatellisierten sie die organisatorischen Qualitäten rechter Gruppierungen – obwohl es längst starke Ansätze zur Organisation und Vernetzung gab und auch zu rechtem Terror. Und diese Verharmlosung und Blindheit auf dem rechten Auge setzte sich offenbar bis in die Gegenwart fort. Professionalität sieht anders aus.

Speziell im aktuellen Fall der Neonazi-Mordserie und der offensichtlichen Nichtermittlung ihres rassistischen Hintergrunds kann man kaum von Unfähigkeit, Dilettantismus, Pannen oder Konfusion des polizeilichen Staats- und geheimdienstlichen Verfassungsschutzes sprechen, stattdessen von ideologischen Scheuklappen der traditionell antikommunistisch geprägten Sicherheitsorgane, von Ignoranz und systematischer Verharmlosung des neonazistischen Spektrums – begünstigt durch eine jahrzehntelang einseitig ausgerichtete Politik der „Inneren Sicherheit“. Jedenfalls wurde im Zusammenhang mit der Mordserie der rassistische Hintergrund nie ernsthaft erwogen und ausgeleuchtet – obwohl der Verfassungsschutz mit seinen V-Leuten an den späteren Tätern ganz nah dran war.

Terror und Gewalt, Bedrohungen und Gefahren für Demokratie und Verfassung werden immer noch, den alten Feindbildern folgend, in erster Linie mit „Linksextremismus“ sowie mit „Islamismus“ assoziiert – und hier werden dann alle Register gezogen, die den Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehen und die im Zuge des exzessiven Antiterrorkampfes der 1970er Jahre und besonders seit 9/11 erheblich ausgebaut und verschärft wurden.

Ermittlungsbefugnisse und Maßnahmemöglichkeiten hätte es also mehr als genug gegeben. Gleichwohl werden die Mordfälle und das Versagen der Sicherheitsbehörden dazu genutzt, reflexhaft weitere Nachrüstungsmaßnahmen für die Versager durchzusetzen.

**Kriminelles V-Leute-System.** Im Laufe der Jahre, verstärkt seit dem „Vereinigungsjahr“ 1990, ist in der Neonazi-Szene ein regelrechtes Netzwerk aus Spitzeln und Agents Provocateurs entstanden – ein undurchdringliches Gestrüpp aus braunen Parteien, Neonazi-Gruppen, VS und seinen dubiosen Zuträgern. Die infiltrierenden VS-Aktivitäten in den gewaltbereiten Neonazi-Szenen bergen enorme Ge-

fahren. Mein Fazit: Über seine angeworbenen, gedungenen und bezahlten V-Leute – im rechtsextremen Spektrum handelt es sich um hart gesottene Neonazis, gnadenlose Rassisten, nicht selten um Gewalttäter – verstrickt sich der VS fast zwangsläufig in kriminelle Machenschaften, wobei auch Straftaten geduldet oder indirekt gefördert werden. Brandstiftung, Totschlag, Mordaufrufe, Waffenhandel, Gründung einer terroristischen Vereinigung – das sind nur einige der Straftaten, die „Vertrauensmänner“ des VS im Schutz ihrer Tarnung begingen und begehen. Und ihre V-Mann-Führer im VS, mit rechtsorientierter Gesinnung bestens vertraut, verhalten sich im Umgang mit ihren V-Leuten oft vertrauensselig, so dass mitunter von einer regelrechten Kumpanei gesprochen werden kann – zumindest aber von Distanzlosigkeit.

Im Fall des ungeheuerlichen Nichtermittlungsskandals rund um die „Zwickauer Zelle“ war der thüringische VS mit mehreren V-Leuten – etwa Tino Brandt, alias „Otto“ – auch in jenen Neonazi-Gruppen wie dem „Thüringer Heimatschutz“ hautnah dran, in denen die späteren Mörder organisiert waren. Deshalb ist es besonders unverständlich, weshalb drei Neonazis, denen bereits terroristische Straftaten vorgeworfen worden waren, nach Erlass eines entsprechenden Haftbefehls einfach über mehr als ein Jahrzehnt untertauchen und unbehelligt quer durch die Republik eine ganze Serie von Morden an Migranten und einer Polizistin begehen konnten. Diese Mordserie hätte möglicherweise verhindert werden können, wenn der VS Erkenntnisse hinsichtlich verbrecherischer Straftaten und möglicher Wohnorte der Untergetauchten und ihrer Unterstützer rechtzeitig an die Polizei weitergegeben hätte, wozu er gesetzlich verpflichtet war. Dazu brauchte es keinerlei Nachrüstungsmaßnahmen zur besseren Vernetzung von VS und Polizei.

Das vielleicht Erschreckendste, was ich bei meinen Recherchen selbst erfahren musste, ist, dass der VS seine kriminell gewordenen V-Leute oft genug deckt, systematisch gegen polizeiliche Ermittlungen abschirmt, um sie weiter abschöpfen zu können – anstatt sie unverzüglich abzuschalten. Auch im Zusammenhang mit der Neonazi-Mordserie hat der VS polizeiliche Fahndungsmaßnahmen torpediert und seinen braunen V-Leuten etwa polizeiliche Observationen verraten. Dieses Verhalten nennt man Strafreiterei sowie psychische Unterstützung und Beihilfe zu Straftaten. Das ist zwar strafbar, doch die VS-Verantwortlichen sind dafür nie zur Rechenschaft gezogen worden – selbst wenn durch dieses Verhalten unbeteiligte Personen schwer geschädigt wurden.

**Fremd in der Demokratie.** Der Staat hat also die rechtsextremen Szenen und Parteien über seine bezahlten Spitzel letztlich mitfinanziert, rassistisch geprägt, geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwä-

chen. Abertausende Euro flossen auf diese Weise in rechtsextreme Neonazistrukturen. Letztlich ist der Verfassungsschutz über sein V-Leute-Netz selbst Teil des Neonazi-Problems geworden, jedenfalls konnte er, wie wir sehen, kaum etwas zu dessen Lösung oder Bekämpfung beitragen. So hat er Demokratie und Bürgerrechten mehr geschadet als genützt.

Im Übrigen haben sich trotz der hohen Zahl an V-Leuten die VS-Erkenntnisse nicht nennenswert gesteigert: Was der VS mit Millionenaufwand bisweilen zutage förderte, war für Kenner der braunen Szene nicht gerade erhellend. Ein gut ausgestattetes politikwissenschaftliches Institut hätte die Rechtsentwicklung jedenfalls ohne dubiose Methoden und ideologische Scheuklappen, dafür mit wesentlich besseren diagnostischen und analytischen Fähigkeiten erforschen und erklären können.

Fazit: Der „Verfassungsschutz“, der dem Schutz von Verfassung und Demokratie dienen soll, trägt einen euphemistischen Tarnnamen. Denn in seiner Ausprägung als Inlandsgeheimdienst ist er selbst fremd in der Demokratie, weil er mit seinen geheimen Strukturen, Mitteln und Methoden demokratischen Prinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit widerspricht. Solchen intransparenten, skandalgeneigten, kontrollresistenten und damit demokratiewidrigen Institutionen, die Demokratie und Bürgerrechten mehr schaden als nützen, gehört perspektivisch die Lizenz entzogen.

**Dr. Rolf Gössner**, Rechtsanwalt und Publizist in Bremen, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, stellvertretender Richter am Staatsgerichtshof Bremen. [www.rolf-goessner.de](http://www.rolf-goessner.de)

Anzeige

**Für ein soziales Hamburg.**

Stadtpolitische Konferenz  
Samstag, 31. März 2012  
im Hamburger Rathaus

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

[www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

## Zum Tod von Franz Josef Degenhardt

Gut, dass es den gibt!“ – bei einigen Menschen hat man diesen Mut machen-den Gedanken. „Solange diese Person morgen die Zeitung aufschlägt, existiert der kritische Blick auf die Welt noch.“ Dieser wache geschärfte Blick, der die Verhältnisse durchdringt. Diese zutiefst menschliche kritische Stimme, die sagt: „Nichts bleibt, wie es ist!“

Franz Josef Degenhardt war so ein Mensch. Bewundert wurde er von vielen – auch von denen, die nicht seiner Meinung waren. Er war Realist, ob einem das gefiel oder nicht. Einer mit Ecken und Kanten und Kanten und Ecken – einer, der trotzdem gerade blieb. Vielen hat er als Künstler über Generationen hinweg etwas gegeben, wonach man heutzutage bei den meisten Musikern, Chansoniers, Bands, Rappern und „Singer-Songwritern“ mit ihrer gefühlsduseligen Selbstbezogenheit, ihrer orientierungslosen Beliebigkeit oder ihrem herablassenden Zynismus vergeblich sucht. Degenhardts Kunst durchzieht eine ungebrochene Empathie für die Menschen. Unbeirrt im kritischen Dissens mit den Verhältnissen, hat er sich konsequent auf die Seite derer geschlagen, die aus der Gesellschaft ausgeblendet und stumm gehalten werden. Er hat sie besungen, die Ausgegrenzten und Unangepassten – ihnen Stimme und Gesicht gegeben: Rudi Schulte, Mutter Mathilde, Tante Threse, Tonio Schiavo, Natascha Speckenbach, ...

Seinen Hörern hat er immer wieder Selbstreflexion abverlangt. Wenn Ihr Veränderung wollt, seid wachsam, macht Euch die Gegenwart bewusst und begreift Eure eigene Rolle darin. Wie vielen, wenn sie ehrlich sind, wurde in einem Degenhardt-Lied schon mal der Spiegel vorgehalten? Wie man Widerstände aushält, hat er aber auch selbst vorgemacht.

Seit Anfang der 1960er Jahre gehört Franz Josef Degenhardt zur Biografie vieler Menschen. Er hat sie nachdenklich gemacht und ihren kritischen Blick geschärft. Die einen hat er wütend gemacht und die anderen wach. Wach und nach vorne gerichtet war auch sein Blick, wenn er seine Lieder sang. Das war Anfang der 1960er Jahre so – bei den Spottliedern – „Spiel nicht mit den Schmutdelkindern“, „Horsti Schmandhoff“, „So sind hier die Leute“ oder „Deutscher Sonntag“ – als er die miefige Kleinbürgerlichkeit der Adenauerzeit mit beißendem Spott überzog. Mit seinen Kolleginnen und Kollegen, von Dieter Süverkrüp über Hanns Dieter Hüsch und Fasia Jansen bis Hannes Wader, begründete er damals einen Liedermacherstil, der deutsche Lieder wieder möglich machte und

bis heute in die populäre Kultur hineinwirkt. Degenhardts Liedkunst ist eine, die Standpunkte bezieht: Gegen den Faschismus und die Wiedereinsetzung der Täter in Amt und Würden, gegen das Wiedererstarken faschistischer Bewegungen, gegen Rassismus, Krieg, Kolonialismus und imperialistische Ausbeutung, gegen Antikommunismus, Kapitalismus, Spießertum und Borniertheit. Mit Liedern wie „Für wen ich singe“, „Vatis Argumente“, „Entschuldigung eines alten Sozialdemokraten“ und „Fast autobiographischer Lebenslauf eines Westdeutschen Linken“ ist er Ende der Sechziger zur zentralen Figur des Protests geworden. Aber auch denen, die die 68er Revolution zum Ausverkauf freigaben, ersparte er seine Kritik nicht.

Seine Sensibilität für gesellschaftliche Tendenzen und seine Analyse neoliberaler Vereinnahmungs- und Kontrollstrategien haben ihn früh, fast visionär, vor zukünftigen Entwicklungen warnen lassen. In dem Lied „Arbeitslosigkeit“ von 1977 heißt es: „... brauchbar sind die MOBILEN – die beweglichen – zum beispiel – wenn’s mal keine arbeit gibt – bei KRUPP in ESSEN – nun – wird eben umgeschult – oder besser noch – dann zieht man dahin wo es arbeit gibt – nach MÜNCHEN oder HAMBURG – und vielleicht sogar – nach RIO oder KAPPSTADT – fremde länder – abenteuer – weg von mutterns ofen – ja – der ARBEITER 2000 – der wird wieder ein nomade sein – mit sack und pack und campingwagen – zieht er durch die welt – ein freier mann – für eine gute ARBEIT zieht er meilenweit – UMDENKEN mister UMDENKEN mister – und zwar schnell – und zwar radikal ...“

Nun schreiben wir das Jahr 2012 und stecken in der Krise. Es wäre schön, wenn Franz Josef Degenhardts verlässliche Stimme noch da wäre. Bleiben tut sein Werk: Über 30 Alben, sieben Romane und ein Kinderbuch von Franz Josef Degenhardt sind seit 1963 erschienen. Ein Lebenswerk, das trotz aller historischen Bezüge nicht an die Zeitläufe gebunden ist und dauerhaften Bestand hat. Es wird noch viele geben, die daran ihren Blick auf die Welt und die Verhältnisse schärfen und mutiger werden. Gut, dass es das gibt!

**Siri Keil** ist Radiomoderatorin, früher Mitglied bei der Band Rotes Haus.

### ★ MUSIKTIPP

Seit Dezember 2011 ist die vier CDs umfassende Werkschau „**Franz Josef Degenhardt – Gehen unsere Träume durch mein Lied**“ erhältlich. Sie umfasst ausgewählte Lieder von 1963 bis 2008. Das literarische Gesamtwerk von Franz Josef Degenhardt wird vom Kulturmaschinen-Verlag ([www.kulturmaschinen.com](http://www.kulturmaschinen.com)) angeboten.



Franz Josef Degenhardt

# Spiel nicht mit den Schmuttelkindern

Spiel nicht mit den Schmuttelkindern,  
sing nicht ihre Lieder.  
Geh doch in die Oberstadt,  
machs wie deine Brüder.

So sprach die Mutter, sprach der  
Vater, lehrte der Pastor.  
Er schlich aber immer wieder durch das Gartentor  
und in die Kaninchenställe,  
wo sie Sechsendsechzig spielten  
um Tabak und Rattenfelle,  
Mädchen unter Röcke schielten,  
wo auf alten Bretterkisten  
Katzen in der Sonne dösten,  
wo man, wenn der Regen rauschte,  
Engelbert, dem Blöden, lauschte,  
der auf einen Haarkamm biß,  
Rattenfängerlieder blies.  
Abends, am Familientisch, nach dem Gebet zum Mahl,  
hieß es dann: Du riechst schon  
wieder nach Kaninchenstall.

Spiel nicht mit den Schmuttelkindern,  
sing nicht ihre Lieder.  
Geh doch in die Oberstadt,  
machs wie deine Brüder.

Sie trieben ihn in eine Schule in der Oberstadt,  
kämmten ihm die Haare und die krause Sprache glatt.  
Lernte Rumpf und Wörter beugen.  
Und statt Rattenfängerweisen  
mußte er das Largo geigen  
und vor dürren Tantengreisen  
unter roten Rattenwimpern  
par coeur Kinderszenen klimpern  
und, verklemmt in Viererreihen,  
Knochen morsch und morscher schreien,  
zwischen Fahnen aufgestellt brüllen,  
daß man Freundschaft hält.  
Schlich er manchmal abends zum  
Kaninchenstall davon,  
hockten da die Schmuttelkinder, sangen voller Hohn:

Spiel nicht mit den Schmuttelkindern,  
sing nicht ihre Lieder.

Geh doch in die Oberstadt,  
machs wie deine Brüder.

Aus Rache ist er reich geworden. In der Oberstadt  
hat er sich ein Haus gebaut, nahm jeden Tag ein Bad.  
Roch, wie bessre Leute riechen,  
lachte fett, wenn alle Ratten  
ängstlich in die Gullys wichen,  
weil sie ihn gerochen hatten.  
Und Kaninchenställe riß er  
ab. An ihre Stelle ließ er  
Gärten für die Kinder bauen.  
Liebte hochgestellte Frauen,  
schnelle Wagen und Musik,  
blond und laut und honigdick.  
Kam sein Sohn, der Nägelbeißer,  
abends spät zum Mahl,  
roch er an ihm, schlug ihn, schrie:  
Stinkst nach Kaninchenstall.

Spiel nicht mit den Schmuttelkindern,  
sing nicht ihre Lieder.  
Geh doch in die Oberstadt,  
machs wie deine Brüder.

Und eines Tages hat er eine Kurve glatt verfehlt.  
Man hat ihn aus einem Ei von Schrott herausgepellt.  
Als er später durch die Straßen  
hinkte, sah man ihn an Tagen  
auf nem Haarkamm Lieder blasen,  
Rattenfell am Kragen tragen.  
Hinkte hüpfend hinter Kindern,  
wollte sie am Schulgang hindern  
und schlich um Kaninchenställe.  
Eines Tags in aller Helle  
hat er dann ein Kind betört  
und in einen Stall gezerrt.  
Seine Leiche fand man, die im  
Rattenteich rumschwamm.  
Drum herum die Schmuttelkinder  
bliesen auf dem Kamm:  
Spiel nicht mit den Schmuttelkindern,  
sing nicht ihre Lieder.  
Geh doch in die Oberstadt,  
machs wie deine Brüder!

**Aus dem Album: Spiel nicht mit den Schmuttelkindern (1965)**

**Franz Josef Degenhardt** (1931 – 2011), Kommunist, promovierter Jurist und Rechtsanwalt, politischer Liedermacher und Schriftsteller, komponierte und textete diese Ballade vom verlorenen Sohn wenige Jahre vor der Studentenrevolte. Sie ist eine gesellschaftskritische Abrechnung mit borniertem Spießertum und Hass auf die Arbeiterklasse.